Demokratischer Neuaufbau und Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Husum nach 1945

Christian M. Sörensen

Vorbemerkung:

Husum, 1939 mit rund 14.500 Einwohnern noch eine Kleinstadt, machte mit dem plötzlichen Flüchtlingszustrom den Sprung über die 20.000-Einwohner-Grenze hinweg zur Mittelstadt mit rund 24.500 Einwohnern Ende 1945. Hauptprobleme für die Verwaltung wurden die Unterbringung der Flüchtlinge, die Lebensmittel- und die Brennstoffversorgung und die Wiederaufnahme des Schulbetriebes. Die Bewältigung dieser Probleme ist schon an anderer Stelle dargestellt worden[1] und soll in diesem Beitrag nur nebenher behandelt werden. Im Mittelpunkt steht hier die Neugestaltung des politischen Lebens nach zwölf Jahren NS-Diktatur, insbesondere der Neuaufbau der Verwaltungs- und Selbstverwaltungsorgane.

Rund 50 km südlich der dänischen Grenze gelegen, wurde Husum mit seiner Einwohnerschaft ab Mitte 1946 beim Aufkommen der prodänischen Bewegung mehr und mehr von nationalpolitischen Diskussionen erfasst, die schon auf das am 15. 09. 1946 erstmalig gewählte Stadtparlament und weitere Vorgänge der Aufbauzeit Einfluss hatten.

I. Der demokratische Neuaufbau nach 1945 in Verwaltung und Selbstverwaltung

Einleitung: Die Briten rücken ein und gehen mit demokratischem Konzept an den Neuaufbau

Der politische Neubeginn 1945 stellt den zweiten Versuch dar, in Deutschland die parlamentarische Demokratie einzuführen. Darum bemühten sich jedenfalls die drei westlichen Besatzungsmächte, wobei sie – da machte die Sowjetunion mit – gleichzeitig die Absicht verfolgten, den „Nationalsozialismus und Militarismus" auszurotten, wie es schon in der Erklärung von Jalta vom Februar 1945 hieß. Husum kam wie ganz Schleswig-Holstein unter britische Besatzung.

Das Jahr 1945 bezeichnet einen der Wendepunkte in der Geschichte Deutschlands. Es war die „Stunde Null". Mit dem Zusammenbruch des Dritten Reiches rückten die Siegermächte in Deutschland überall ein und bestimmten somit das Geschehen nicht nur auf höherer politischer Ebene, nein, sie griffen mit ihrer Militärregierung auch in das Geschehen jeder Ge-

[1] Siehe Sörensen, Vom Kampf gegen Hunger, S. 150–162.

meinde ein und versuchten über die sehr bald ernannten neuen Bürgermeister, die Kommunalpolitik in ihrem Sinne zu gestalten. So waren britische Offiziere erstmalig schon am 5. Mai im Husumer Rathaus, also einen Tag nach der in Lüneburg unterschriebenen Kapitulation an der britischen Front, aber noch zwei Tage vor der Gesamtkapitulation an der Westfront. Dieses britische Vorkommando, das mit zwei Personen- und einem Funkwagen in Husum erschien, verhandelte außer mit dem Bürgermeister auch mit dem Seekommandanten in der Kaserne an der Flensburger Chaussee und dem Landrat im Schloss.
Die Militärregierung ging nicht unvorbereitet an die Neugestaltung heran. Die Briten z. B. hatten jene Offiziere politisch geschult, die als Sonderabteilung die vorrückenden Truppen begleiteten und dann die Kontrolle der Kommunalverwaltungen übernahmen. Der Aufbau der Verwaltung und Selbstverwaltung sollte nun im Sinne der Demokratie nach angelsächsischem Vorbild vor sich gehen, damit alle Zeichen des NS mit seinem Führerprinzip getilgt wurden. Durch Dezentralisierung und durch Stärkung des ehrenamtlichen Elements gegenüber dem Verwaltungsbeamten sollte dieses Ziel erreicht werden; denn demokratische Selbstverwaltung lebt – wie schon Freiherr vom Stein bei seinen Studien in Großbritannien 1786 festgestellt hatte – von größtmöglicher Unabhängigkeit gegenüber der zentralen Staatsgewalt und von dem Gewicht der ehrenamtlich Tätigen, eben der Kommunalpolitiker, gegenüber der Verwaltung. Bei der Durchführung dieses Reformprogramms in der Britischen Zone musste jedoch improvisiert werden. Das ist z. B. in Husum auch daran zu sehen, dass es von Anfang April 1945 bis Ende 1945 insgesamt sechs verschiedene Bürgermeister gab.

Die Britische Militärregierung richtet sich in Husum ein und beherrscht das öffentliche Leben

Husum wurde von der britischen Besatzungsmacht als Sitz der Kreisverwaltung und als Garnisonstadt übernommen und in diesen Funktionen belassen. Die Kreisverwaltung blieb also im Schloss, und die damalige Marinekriegsschule, im Volksmund Marinekaserne und heute Fliegerhorstkaserne genannt, an der Flensburger Chaussee gelegen, wurde mit britischem Militär belegt. Die britischen Offiziere wohnten zum Teil im Stadtzentrum. So wurden u. a. Häuser der Straße Lämmerfenne, heute Ludwig-Nissen-Straße, zum Schrecken der Besitzer kurzfristig beschlagnahmt.
Ihre Dienststellen richtete die Militärregierung überwiegend in öffentlichen Gebäuden wie dem Finanzamt und dem Museumsgebäude Nissenhaus ein. Zu den Dienststellen im Finanzamt wurden viele Bürger bestellt, die mit politischen Aufgaben zu tun hatten bzw. dazu herangezo-

Abb. 1: Der große Neubau des Husumer Finanzamtes von 1928 in der Innenstadt wurde sogleich von der Militärregierung für ihre Dienstzwecke beschlagnahmt.

gen werden sollten.
Die Stadtverwaltung blieb im Rathaus, jedoch wurden viele kommunalpolitische Entscheidungen bei der britischen Dienststelle im Finanzamt getroffen. Der Umgang der Briten war freundlich und korrekt. Aber jede Entscheidung musste von ihnen gutgeheißen werden, wenn sie überhaupt die deutschen Parlamente daran beteiligten. Auch darin zeigte sich, dass die Deutschen nur Auftragsverwaltung durchführten.
Oft nahmen auch Vertreter der Militärregierung an wichtigen Beratungen der Stadträte teil. Mindestens bis August 1946 waren sie stets begleitet von ihrem Dolmetscher Egon von Mauchenheim, Jahrgang ca. 1920, Münchener, als Soldat in Husum hängen geblieben. Er wurde zusätzlich auch von ihnen zum „Beauftragten für den Aufbau der demokratischen Selbstverwaltung" ernannt.– Auch in die Arbeit des am 15. September 1946 gewählten Stadtplenums griff die Militärregierung gelegentlich ein.
Für die politische Überprüfung der Bürger hatte die Militärregierung eine politische Abteilung, FSP genannt (Field Security Police = Sicherheitspolizei der Streitkräfte), die im Oktober 1945 in der Brinckmannstraße, später auf der Neustadt arbeitete. Viele Beamte, besonders Lehrer, wurden wegen ihrer Entlassung oder Einstellung dorthin zum Verhör geladen.
Insgesamt lässt sich jedoch sagen, dass die Besatzungszeit keine feindselige

Abb. 2: Auch das große Nissenhaus, Nordfriesisches Museum, von der Ludwig-Nissen-Stiftung erbaut und 1937 eingeweiht, wurde 1945 mit britischen Dienststellen belegt. Links ist ein Teil des Finanzamtes zu sehen.

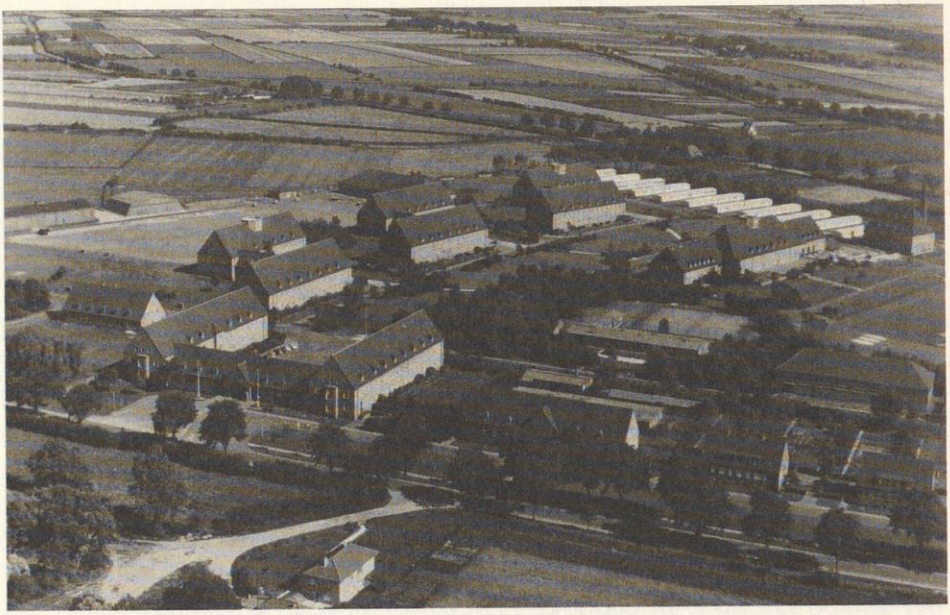


Abb. 3: In der 1940 eingeweihten Marinekaserne an der Flensburger Chaussee fand schon am 5. Mai 1945 die militärische Übergabe an das britische Vorkommando statt. Danach rückte britisches Militär als neue Ordnungsmacht ein. Seit der deutschen Wiederbewaffnung 1956 heißt dieser Komplex Fliegerhorstkaserne.

Stimmung hinterlassen hat. Die Besatzungsmächte hatten zunächst für ihre Angehörigen ein Verbot der Verbrüderung („fraternization") erlassen. Es sollte den privaten Umgang von Besatzungsangehörigen mit Deutschen verhindern und galt auch in der Britischen Zone, wurde jedoch bald wieder aufgehoben.

Ein Übergang mit Hindernissen:
Sechs verschiedene Bürgermeister im Jahre 1945[2]

Nachdem Bürgermeister Waldemar Bieling, im Amt seit dem 1. Januar 1938, kurz vor Kriegsende zur Front eingezogen worden war, versah der bisherige Beigeordnete Ernst Lüttgens vom 1. April 1945 bis zum 3. Mai in Vertretung das Amt des Bürgermeisters. In den schweren Tagen des Zusammenbruchs mit der Bewältigung des Flüchtlingszustroms war dies kein begehrtes Amt.

Als Nachfolger wurde der vorherige Kreisbürodirektor von Heinrichswalde in Ostpreußen am 4. Mai vom Regierungspräsidenten eingesetzt, aber da sich seine NSDAP-Zugehörigkeit herausstellte, vom britischen Kommandanten Ende Mai abgesetzt, jedoch als Leiter für das Wohnungswesen im Rathaus belassen – bis zu seiner Verhaftung am 7. September 1945.

Diesen drei Bürgermeistern der NS-Zeit folgten nach dem Zusammenbruch drei weitere Amtsträger noch in 1945, was die Schwierigkeiten offenbart, galt es doch, nach den Besatzungsbestimmungen einen Mann als Bürgermeister zu finden, der nicht nur die nötige Vorbildung aufwies, sondern vor allem auch „politisch unbelastet" war, und das hieß, keiner nationalsozialistischen Organisation angehört hatte. So wurde Amtsgerichtsrat Emil Scheel, Jahrgang 1885, der seit Jahrzehnten ununterbrochen in Husum am Amtsgericht tätig war, kommissarisch von der Militärregierung zum Bürgermeister berufen und vom neuen Landrat Kuno Tönnies am 14. 06. 1945 in sein Amt eingeführt. Scheel führte sein Amt nebenamtlich. Im Hauptberuf war er weiterhin als Amtsrichter tätig und wurde Anfang Dezember 1945 auf eigenen dringenden Wunsch vom Bürgermeisterposten entbunden, zumal er inzwischen zum Behördenvorstand aufgerückt war.

Zwischendurch, nämlich im Oktober, war ein vom Horchposten 22 „hängengebliebener" Soldat, der den Briten nun als Dolmetscher diente, vom Beirat zum Bürgermeister gewählt worden, wurde jedoch wenige Tage später von den Briten verhaftet – ohne dass die eigentlichen Gründe bekannt wurden. – Nach diesem sonderbaren Zwischenspiel wurde im Dezember 1945 Georg Beckmann aus Flensburg als hauptamtlicher Bürgermeister Nachfolger von E. Scheel. Aufgrund der Verwaltungsreform blieb er ab Ja-

[2] Siehe ausführlicher in Sörensen, Pol. Neubeginn, S. 34ff.

nuar 1946 unter dem Titel Stadtdirektor Leiter der Verwaltung, und zwar über zwei Jahre lang bis zum März 1948. Er war 1933/34 wegen Widerstandstätigkeit im KZ gewesen. Nun ging er seine Aufgaben in Husum mit Schwung und Ideenreichtum an, bis er 1948 auf Druck der CDU-Fraktion wegen seiner Hinwendung zum Dänentum gehen musste.

Berufen: Bürgermeister Scheel und Dezernenten als Beirat

Der im Juni berufene Bürgermeister Scheel lud im Juli 1945 acht stadtbekannte Herren ins Rathaus ein und erläuterte ihnen, dass er versuchen wolle, die große Fülle der Aufgaben auf Dezernenten zu verteilen, d. h. auf ehrenamtliche Mitarbeiter, die für bestimmte Sachgebiete verantwortlich wurden.

Folgende Verteilung wurde „in Aussicht genommen":

1) Stadtwerke	Bruno Schlüter, Buchdruckereibesitzer (ab 1946 CDU)
2) Krankenhaus	Adolf Riecken, Drogist (ab 1946 CDU)
3) Stadtbauamt	Fritz Carstens, Maurerpolier (bis 1933 und wieder ab 1945 SPD)
4) Schulwesen	Max Koch, Schriftsetzer (bis 1933 und wieder ab 1945 SPD)
5) Viehmarkt und Ländereien	August Bahnsen, Bauer
6) Verschönerung, Fremdenverkehr	Wilhelm Hahn, Oberpostinspektor
7) Fürsorge	Alfred Duus, Bäckermeister (ab 1946 CDU, ab 1947 SSV)
8) Stellvertretender Bürgermeister	Dr. Goslar Carstens, Rechtsanwalt.

Alle diese Männer waren als Einheimische mit den örtlichen Verhältnissen vertraut. Sie waren auch als erklärte NS-Gegner bekannt und hatten in der NS-Zeit z. T. schwer gelitten. – Das galt auch für die Nachrücker; denn bis zum Oktober 1945 kamen im Beirat hinzu: Vorschlosser Hermann Hellwig und Filmvorführer Walter Lurgenstein (beide bis 1933 und wieder ab 1945, SPD) und Steuerobersekretär Fritz de la Porte (ab 1946 CDU). Mit der Aufnahme von Schlosser Gustav Jahn (bis 1933 und wieder ab 1945 KPD) war die von den Briten erwünschte politische Breite erreicht. – Fast alle arbeiteten auch 1946 im ernannten Stadtparlament vom Januar und auch im gewählten vom Oktober mit.

Der ehrenamtlicher Bürgermeister Dr. Goslar Carstens und seine Nachfolger

Neben Beckmann als hauptamtlichem Stadtdirektor wirkte Rechtsanwalt Dr. G. Carstens als ehrenamtlicher Bürgermeister, gewählt am 25. Januar 1946 vom ernannten Stadtparlament, nachdem er schon ab Juli 1945 Stellvertre-

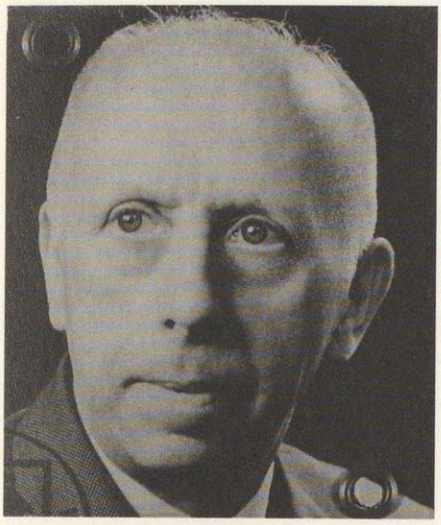


Abb. 4: Rechtsanwalt Dr. Goslar Carstens (1894–1978), vor 1933 Kreisführer des Stahlhelms, NS-Verfolgter, dann Major bis Kriegsende, wirkte schon ab Juli 1945 ehrenamtlich in der Selbstverwaltung mit und war zuletzt bis September 1946 Bürgermeister Husums.

Abb. 5: Friedrich (Fritz) Carstens (1896–1971), SPD-Stadtverordneter 1929–1933, wurde ebenfalls ab Juli 1945 zur politischen Mitarbeit in Stadt und Kreis Husum herangezogen, war ununterbrochen bis 1970 ehrenamtlich als SPD-Vertreter tätig und wurde Ehrenbürger der Stadt.

ter gewesen war. 1894 in Husum geboren, als Rechtsanwalt niedergelassen, war er vor 1933 als Kreisführer im Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, tätig gewesen und hatte bald nach 1933, da er als Anwalt dem Regime missliebige Personen verteidigte, Schwierigkeiten mit der NSDAP bekommen, war verhaftet und nur durch die Fürsprache eines ehemaligen Regimentskameraden vor der Einlieferung in das Konzentrationslager Papenburg bewahrt worden. Am 2. Weltkrieg hatte er als Offizier von Anfang bis Ende an der West- und dann an der Ostfront teilgenommen.

Zu seinem Stellvertreter wurde schließlich im Mai Gustav Jahn (KPD) gewählt. Dr. Carstens blieb bis zur Stadtverordnetenwahl im September 1946 Bürgermeister.

Sein Nachfolger wurde Bäckermeister Alfred Duus (CDU), der aber auf heftiges Drängen der CDU-Fraktion im Februar 1947 zurücktrat. Er war nämlich inzwischen zum prodänischen SSV übergewechselt. – Sein Nachfolger wurde der Schuhmachermeister Heinrich Matthiesen, der ebenfalls seit September 1946 CDU-Stadtvertreter war und bis 1950 Bürgermeister blieb.

Beckmanns Nachfolger als Stadtdirektor war von 1948 an Dr. Georg Fiedler, der ab 1950 bis 1963 mit dem Titel Bürgermeister hauptamtlicher Leiter der Stadtverwaltung blieb.

Einführung der Verwaltungsreform: Gewaltenteilung

Bei der Neuordnung der Verwaltung verfolgte die Britische Militärregierung hohe Zielsetzungen, wie sich auch bei ihrer Beurteilung der vorherigen Gemeindeverfassungen zeigte: Während die Gemeindeordnung der NS-Zeit mit ihrem Führerprinzip von vorn herein indiskutabel war, fand die der Weimarer Republik auch wenig Gefallen, weil sie die Verwaltungsführung „bureaucrats" übergeben habe, also Bürokraten, die sich keiner Volkswahl stellen mussten. Die Kommunen hätten sich vor 1933 infolge ihrer bürokratischen Struktur als unfähig zu einem Widerstand gegen den Nationalsozialismus erwiesen. Wolfgang Rudzio kommt für die Zeit von 1919–1933 zu folgendem, wohlabgewogenem Urteil: „Unter dem Motto der Effektivität neigte hier das Wahlbeamtentum dazu, die kommunalen Parlamente und damit das Prinzip demokratischer Selbstregierung in den Hintergrund treten zu lassen."[3] – Deutliches Zeichen dafür sei folgende Entwicklung in der Weimarer Zeit gewesen:

„... anstelle des von Stein propagierten Honoratiorenelements rückte ein kommunales Berufswahlbeamtentum in den Mittelpunkt ... und begann, in den Magistraten, obwohl zahlenmäßig bei einem Anteil von unter 50 Prozent gehalten, durch die Besetzung der Bürgermeisterfunktion und der bedeutendsten Dezernate zu dominieren."[4]

Die Britische Militärregierung versuchte daher, englische Formen zu übertragen, und zwar mit der Direktive vom September 1945, deren 1. Teil die „Demokratisierung und Dezentralisierung der örtlichen und regionalen Verwaltung" betraf.

Um die Jahreswende 1945/46 führte die Britische Militärregierung diese Verwaltungsreform durch, die vor allem die Spitze in den Städten veränderte. Hier sollte eine Trennung zwischen beschließender Gewalt (Legislative) und ausführender Gewalt (Exekutive) vorgenommen werden. An die Spitze der Legislative, des Stadtparlaments, trat jetzt der ehrenamtliche Bürgermeister. Als Repräsentant der politischen Willensbildung hatte er die Beschlüsse des Parlaments herbeizuführen und ihre Durchführung zu überwachen.

Verwaltungsspitze wurde in den Städten der hauptamtliche Stadtdirektor, der sich – ebenso wie die anderen Beamten – am parteipolitischen Leben nicht beteiligen durfte und nur im Auftrage des Rates dessen Beschlüsse durchführte.

Auf einer Informationsveranstaltung der Militärregierung am 15. Febr. 1946 in Husum hieß es, Ziel dieser Neuerung sei, Deutschland von der Entfesse-

[3] Rudzio, Neuordnung, S. 23.
[4] Ebd., S. 20.

Die Wurzeln der Demokratie

Grundlegende Wandlung in der lokalen Verwaltung

HUSUM. — Am vergangenen Freitag versammelten sich in der Aula des Husumer Gymnasiums die Bürgermeister und Amtsvorsteher der Kreise Husum und Eiderstedt. Der Anlaß dieses Treffens war äußerst bedeutungsvoll: Der Leiter für innere Angelegenheiten beim Hauptquartier der Militärregierung für Schleswig-Holstein, Colonel Ainger, und der Beauftragte für die örtliche Verwaltung, Major Pocock, waren persönlich erschienen, um die neuen, generellen Richtlinien zu erläutern, die für den Wiederaufbau eines demokratischen Regierungsprinzips von der britischen Militärregierung als fundamentale Grundsätze aufgestellt worden sind.

Nachdem der Kommandant des 930. Detachements der Militärregierung für Husum und Eiderstedt, Lt.-Col. O. S. Steel, einige Worte der Begrüßung an die Versammlung gerichtet hatte, ergriff Major Pocock das Wort und führte u. a. aus:

Es ist die Aufgabe der Alliierten, dafür zu sorgen, daß ein dritter Versuch Deutschlands, einen Angriffskrieg zu entfesseln, nicht mehr vorkommen kann. Eines der wichtigsten Mittel, den Frieden zu sichern, ist, die Wurzeln der Demokratie in Deutschland zu pflanzen. Es besteht nicht die Absicht, Deutschland ein fremdes Regierungssystem aufzuerlegen, aber es gibt einige grundsätzliche Prinzipien, die als unbedingt notwendig in jedem wahren demokratischen Regierungssystem anzusehen sind. Darauf erläuterte Major Pocock die Fragen, die augenblicklich dazu angetan sind, eine grundlegende Wandlung in der lokalen Verwaltung der Gemeinden und Kreise herbeizuführen.

1. Der Rat hat die unumschränkte Autorität innerhalb seines Tätigkeitsbereiches.
2. Der Bürgermeister ist der Vorsitzende des Rates; er steht der Arbeit des Rates vor.
3. Der Direktor handelt im Auftrage des Rates und führt dessen Entschlüsse aus.
4. Die Beamten sind Beamte des Rates und führen dessen Beschlüsse aus.

Anschließend zitierte Major Pocock ein Wort Voltaires. das als kennzeichnende Auslegung des Begriffes „Demokratie" zu werten ist: „Ich verabscheue und hasse eure Meinungen, ich bin aber bereit, für euer Recht, daran festzuhalten, zu sterben."

Im Anschluß hieran forderte Colonel Ainger die Versammlung auf, Fragen zu stellen und die Angelegenheiten der lokalen Verwaltung zu diskutieren. Wortmeldung erfolgte auf Wortmeldung, und die britischen Offiziere berieten und belehrten die Fragenden oder stellten irrige Ansichten richtig.

Lt.-Col. Steel schloß die Sitzung mit einem im Namen aller ausgesprochenen Dank an Col. Ainger und Major Pocock.

W. Sch.

Abb. 6: Die Britische Militärregierung informiert die Amtsträger über die neuen Grundsätze der Verwaltung und Selbstverwaltung. Bericht im Kieler Kurier, Nr. 61 v. 20. Febr. 1946.

lung eines Angriffskrieges abzuhalten. Denn „... eines der wichtigsten Mittel, den Frieden zu sichern, ist, die Wurzeln der Demokratie in Deutschland zu pflanzen."[5]

[5] Nach Prot. Stadtverordnetenkollegium Husum 1946–1966, S. 9 ff. Siehe auch Kieler Kurier, Nr. 61 v. 20. Feb. 1946.

Übrigens wurden die Bezeichnungen in Schleswig-Holstein wieder ab 1950 geändert: Der Verwaltungschef der Stadt heißt wieder Bürgermeister, der Vorsitzende der Stadtvertretung heißt Bürgervorsteher.

Die Berufung des Stadtparlaments im Januar 1946 und die Eröffnungssitzung

Hand in Hand mit der Änderung der Verwaltungsspitze ging der Aufbau von vollständigen Gemeindeparlamenten. Diese wurden zunächst nicht gewählt, sondern von der Militärregierung ernannt. Doch war vorgesehen, sie jährlich zu einem Drittel durch gewählte Vertreter zu ersetzen.
Die Eröffnung dieses 32-köpfigen Stadtparlaments in Husum, des ersten nach dem 2. Weltkrieg, sei hier kurz geschildert:
Am Freitag, dem 18. Januar 1946, um 16.30 Uhr traten die Stadträte im festlich geschmückten Saal des Thomas-Hotels (damals Großstraße 10/12) zusammen. Zahlreiche Zuhörer nahmen an dieser erstmalig seit Jahren wieder öffentlichen Sitzung teil. Als Vertreter der Brit. Militärregierung erschien der Kommandeur für Husum-Eiderstedt, Lieut. Colonel (Oberstleutnant) Steel, der bei der Verwaltung der Stadt und bei der Schaffung der Verfassung mitgewirkt hatte. Nach der Eröffnung durch Stadtdirektor Beckmann bot Steel in seiner Ansprache den Stadträten an, „in jeder Weise zu helfen. Ich wünsche, das Gefühl des Optimismusses zurückzulassen, damit der Aufbau auf einer gesunden Basis vor sich geht." Beide Ansprachen wurden von dem Dolmetscher der Militärregierung, E. von Mauchenheim, übersetzt.
Das Datum 18. Januar möchte, wie es im Protokoll hieß, an die Reichsgründung 1871 erinnern. Näher lag jedoch der Tag der Eröffnung der Friedensverhandlungen von Versailles, der auch einen Neubeginn für die Deutschen bezeichnete und ebenfalls mit den Folgen eines verlorenen Krieges belastet war.

Die Frage nach den Gesichtspunkten: Richtlinien für die Berufung

Für die Berufung der Stadträte gab es bestimmte Richtlinien. Nach der September-Direktive sollten diese nominierten Stadträte die „angemessene Repräsentation aller Interessen" darstellen. Diese Interessen konnten „die einer Partei oder Gruppe sein, wie z. B. Katholiken, Gewerkschaften, Kommunisten, Landwirte, Industrie usw." sein. Die örtliche Dienststelle der Militärregierung sollte die Kandidatenvorschläge von den betreffenden Gruppen, dem Bürgermeister und einzelnen vertrauenswürdigen Bürgern mit äußerster Vorsicht entgegennehmen und nicht automatisch entscheiden. Über die Hälfte der 32 Husumer Stadträte kann Parteien zugeordnet werden:

SPD 7 Stadträte
KPD 6 Stadträte
CDU mindestens 3 Stadträte
SSV mindestens 2 Stadträte

Allerdings hatten noch nicht alle Parteien Ortsverbände gebildet.
Parteilos blieb der bisherige stellvertretende Bürgermeister Dr. G. Carstens.
Als „unpolitische" Vertreter von Gruppen sind anzusehen:
Arthur Petersen, evang. Pastor; 1933–1945 Bekennende Kirche
Helene Struve, Schulleiterin; vor 1933 Deutsche Friedensgesellschaft
Max Böttcher, Oberschullehrer (Vertreter der Kreisjugendorganisation)
Dr. Max Carstensen, Tierarzt
Dr. August Strangmeyer, Arzt
Egon von Mauchenheim, Dolmetscher (Vertreter der Militärregierung).
Die Stadträte A. Petersen, H. Struve und M. Böttcher waren vor 1945 durch ihre NS-Gegnerschaft hervorgetreten.

Kraft ihres Amtes waren Mitglieder im Stadtrat:
August Jahn, Stadtinspektor (als Stadtkämmerer),
Bernhard Paulsen (als Stadtbaumeister),
Dr. Spethmann, Arzt (als Stadtrat und Leiter des städtischen Krankenhauses).
Ein paar Stadtvertreter übrigens schieden nach wenigen Sitzungen aus, weil sich herausstellte, dass sie zeitweilig der SA oder SS angehört hatten.
Wie andernorts[6] wurde in Husum der bisherige Beirat fast vollständig in das neue Parlament übernommen; denn von den neun Mitgliedern des Beirats, die am 15. Dez. 1945 auf dessen letzter Sitzung teilnahmen, machten sieben sofort weiter.

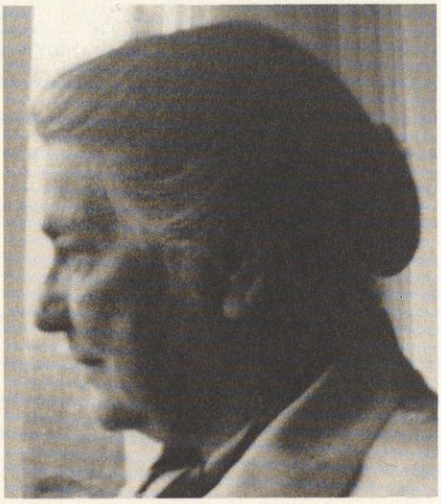


Abb. 7: Helene Struve (1893–1992), Lehrerin, bis 1933 Ortsvorsitzende der Deutschen Friedensgesellschaft in Husum, 1946 als Rektorin u. Stadträtin am Wiederaufbau des Husumer Schulwesens beteiligt.

Eine kontinuierliche Arbeit war also zu erwarten. Dem Husumer Stadtplenum vor 1933 hatten allerdings nur die beiden Sozialdemokraten Fritz Carstens und Meinhard Albrecht angehört. – Bei der Berufung bevorzugte die

[6] Vergl. Rudzio, Neuordnung, S. 56.

Militärregierung ganz offensichtlich eingesessene, stadtbekannte Persönlichkeiten. Einzelne Flüchtlinge kamen erst bei der Wahl im September 1946 ins Stadtparlament.

Bemerkenswerte Antrittsrede von Bürgermeister Dr. G. Carstens

Mit der Wahl und Amtseinführung von Dr. G. Carstens als Bürgermeister war im Zuge der Demokratisierung und Dezentralisierung die Trennung von Exekutive und Legislative vollzogen worden. Dr. Carstens hielt eine bemerkenswerte Antrittsrede, die die anstehenden Probleme aufzeigte, unterschiedliche politische Auffassungen nicht verschwieg und zur sachlichen, gemeinsamen Arbeit für Husum aufforderte, denn: „Wir sind uns alle einig ... in der Ablehnung des Faschismus." Er versprach, selber alles zu tun, um Not und Elend zu lindern, vor allem das ungeheure Elend der Flüchtlinge, und um Arbeit für die Invaliden und Erwerbslosen zu schaffen.
Dieses neue Parlament nahm zügig seine Arbeit auf, bildete 13 Ausschüsse, zunächst noch ohne Beschlusskraft, und wählte im Mai 1946 einen neunköpfigen Stadtausschuss „zur Beschleunigung der Arbeit", und da er allmählich auch Beschlüsse fassen konnte, kam er dem späteren Magistrat schon nahe. Auch die vorbereitende Arbeit in den Fraktionen verstärkte sich im Laufe des Jahres. Allerdings waren reine Fraktionsanträge bei der Militärregierung unerwünscht, weil sie eine Störung der Gemeinsamkeit im Parlament befürchtete.

Die Gründung der Parteien nach 1945 –
Bemühungen schon kurz nach dem Zusammenbruch

Die westalliierten Mächte als traditionelle Demokratien wollten so schnell wie möglich für ihre deutschen Besatzungszonen den Übergang zu demokratischen Formen und Wahlen. Voraussetzung dafür war das Vorhandensein unterschiedlicher Parteien. Daher förderten sie sehr schnell nach der Besetzung die Bemühungen deutscher Politiker um die Bildung von Parteien.
Diese Bemühungen setzten wenige Wochen nach dem Zusammenbruch ein, zunächst auf der Ebene der Besatzungszonen. Am 15. Sept. 1945 erlaubte die Britische Militärregierung mit ihrer Verordnung Nr. 12 die Bildung der politischen Parteien, und zwar zunächst auf Kreisebene, bald auch auf Ortsebene. Um die Jahreswende 1945/46 entstanden die Landesverbände der Parteien in Schleswig-Holstein. Mit der Zulassung der Parteien wollte die Militärregierung „das Wachstum eines demokratischen Geistes in Deutschland fördern".

KIELER KURIER

ZEITUNG DER MILITÄRREGIERUNG

PREIS 20 PFENNIG — SONNABEND 15. SEPTEMBER 1945 — NUMMER 16

Politische Parteien dürfen neu erstehen

Ab heute Richtlinien der britischen Militärregierung in Kraft

200 000 Menschen droht Zwangsevakuierung

Goethe-Preis für Planck

JAPANISCHE GREUELTAT

Kriegsgefangene von Japan zu Schießübungen benutzt

Die Flüchtlinge aus Osteuropa

Besprechungen Attlees mit britischen Geistlichen

Eisenhower beim Papst

Rußlands Kriegsschäden

Abb. 8: Ankündigung im Kieler Kurier, Nr. 16 v. 15. Sept. 1945: Die Britische Militärregierung erlaubt die Neugründung der Parteien. Aufschlußreich ist auch die übrige Berichterstattung.

(Textseite „Kieler Kurier"; erklärender Text links in der Abb. 8).

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Die Anfänge der Ortsverbände in Husum lassen sich nicht genau datieren, zumal bei den Parteigeschäftsstellen in Husum keine Unterlagen über diese Zeit vorliegen. – Am leichtesten war der Anfang für die SPD. Sie konnte sich auf den alten Mitgliederstamm der Weimarer Zeit stützen. Obendrein nahm hier der alte Kern die politische Führungsarbeit wieder auf: Alle sechs SPD-Mitglieder des ernannten Stadtparlaments vom Januar 1946 waren auch schon vor 1933 aktiv in der Husumer SPD tätig. Die Gründungsversammlung des SPD-Ortsvereins hat im Oktober oder November 1945 stattgefunden. M. Albrecht wurde 1. und Fr. Carstens wurde 2. Vorsitzender.

Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

An die Zeit vor 1933 konnte auch die KPD anknüpfen, teils auch personell. Z. B. wirkte Gustav Jahn, Jahrgang 1890, schon in den 1920er Jahren für die KPD und kandidierte 1924 und 1933 an 2. bzw. 3. Stelle für diese Partei. Ende 1945 stand der KPD-Ortsverband bereits. Die erste Geschäftsstelle war im Nissenhaus.

Die Christlich-Demokratische Union

Die KPD musste sich dort zunächst einen Raum mit einer anderen Partei teilen. „Zimmergenossin" war die Demokratische Partei Deutschlands (DPD), die unter Mitwirkung von Walter Melerski (1910–2004), schon Ende Mai 1945 eine Ortsgruppe mit etwa sieben Mann in Husum gründete. Die DPD ging auf Landesebene in den Anfang 1946 in Rendsburg gegründeten Landesverbänden von CDP, dann CDU auf.
Die CDU tat sich in Husum schwerer als SPD und KPD und baute ihren Ortsverband Husum erst zwischen März und Juni 1946 unter Beteiligung zahlreicher Neubürger und Heimatvertriebener auf. Neben Bierbrauereibesitzer Dr. Walter Fuglsang, der bei den Kreiswahlen am 13. Okt. 1946 Spitzenkandidat wurde, war hier Buchdruckereibesitzer Bruno Schlüter (1887–1969) prominenter Husumer.

Die Freie Demokratische Partei (FDP)

Bei der Gründung der CDU spaltete sich gleichzeitig eine liberale Gruppe in Schleswig-Holstein von ihr ab und gründete Anfang 1946 den Landesverband einer anderen Partei: Die Freie Demokratische Partei (FDP) hatte in den Jahren 1945 und 1946 weder in der Stadt noch im übrigen Kreis Husum irgendeine Organisation aufgebaut und beteiligte sich daher auch nicht an den Kommunalwahlen 1946. Nach einem ersten Auftritt im Juni 1946 veranstaltete die Landespartei am 18. Jan. 1947 eine Versammlung in Husum, auf der die FDP-Kreisgruppe Husum gegründet wurde. In den ersten Nachkriegsjahren waren Albin Kuhn, der einstige Sekretär Friedrich Naumanns, und der Buchhändler Dietrich für die liberale Richtung in Husum aktiv.
Vor 1947 spielte die FDP in der Stadt aber noch keine Rolle, ebensowenig wie die Deutsche Partei (DP) oder der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE).

Der Südschleswigsche Verein (SSV)

Dagegen spielte bei den Wahlen im Sept. und Okt. 1946 der Südschleswigsche Verein (SSV) schon eine wesentliche Rolle. Als Organisation der prodänischen Bewegung durfte er nach der am 15. Nov. 1946 von der Britischen Militärregierung bestätigten Satzung „nur kulturell, nicht politisch tätig sein; doch hatte er das Recht, sich an Wahlen zu beteiligen". So kam es, dass die SSV-Mitglieder zu den Gemeindewahlen am 15. Sept. 1946 als Unabhängige auftraten, bei den Kreiswahlen am 13. Oktober ebenso, jedoch den Zusatz „(SSV)" führten.

Der SSV wurde ab Frühjahr 1946 in Husum aktiv und wählte auf der Generalversammlung am 20. Mai 1946 einen Vorstand. Ab Juni 1948 wurde die politische Vertretung der dänischen Minderheit als Partei mit dem Namen SSW (Südschleswigscher Wählerverband) zugelassen.

Die erste Wahl zum Stadtparlament am 15. September 1946 – Ansetzung durch die Militärregierung

In ihrer Verordnung vom Sept. 1945 über die Bildung von Parteien hatte die Britische Militärregierung vom „Abhalten freier Wahlen" gesprochen. Diese setzte sie schon ein Jahr später für ihre gesamte Zone an, da die Amerikanische Zone vorangegangen war, und zwar die Gemeindewahl für den 15. Sept. und die Kreiswahl für den 13. Okt. 1946. Durch Wahlen sollten die Parlamente die den Briten sehr wichtige demokratische Legitimation erhalten. Dass sie schon 16 Monate nach dem totalen Zusammenbruch stattfanden, ist erstaunlich.
In Veranstaltungen und Bekanntmachungen, so z. B. in einer Sondernummer des „Anzeigenblatts" über den „Aufbau der demokratischen Selbstverwaltung" wurde über die Wahlen informiert. Ehemalige aktive Nationalsozialisten be-

Abb. 9: Hitler 1935 auf der Durchfahrt durch Husum. Die breite Begeisterung der Bevölkerung damals lässt erahnen, wie schwer nach 1945 vielen Bürgern die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und die Umerziehung fiel und auf welche Schwierigkeiten die Entnazifizierung stieß.

saßen kein Wahlrecht. Erst nach ihrer Entnazifizierung, also mit der Einstufung in die Kategorien IV (Mitläufer) und V (Entlastete) und entsprechenden Amnestien erhielten sie das aktive und passive Wahlrecht zurück.
In Husum waren 24 Stadträte zu wählen, davon 18 direkt und 6 über die Reserveliste. Die Stadt war in sechs Wahlbezirke eingeteilt, so dass jeweils drei Kandidaten mit der höchsten Stimmzahl direkt gewählt waren. Jeder Wähler hatte drei Stimmen.

Das Ergebnis der Wahl am 15. Sept. 1946:

Die Wahl der Husumer Stadträte fiel knapp nach Stimmen, aber eindeutig nach Mandaten aus:

	Sitze	Stimmen
CDU	15	(35,9 %)
Unabhängige (SSV)	4	(28,9 %)
SPD	4	(29,4 %)
KPD	1	(2,1 %)
Unabhängige (3 Parteilose)	–	(3,7 %)

35,9 %, also nur etwas mehr als ein Drittel der Stimmen genügten somit der CDU, um mehr als die Hälfte der Sitze zu bekommen. Diese eindeutige Mandatsmehrheit kam durch das britisch geprägte Mehrheitswahlrecht zustande.

Die Konstituierung

Die Wahl der Stadtvertreter und ihr Zusammentritt waren wichtige Schritte beim demokratischen Neuaufbau. Die Militärregierung leitete und begleitete auch in Husum alle Maßnahmen durch Entsendung eines politischen Offiziers oder eines deutschen Vertreters.
Zur Konstituierung am 1. Okt. 1946 versammelte sich das neue Parlament in der Aula des Hermann-Tast-Gymnasiums. Den Vertretern, ob parteigebunden oder als Unabhängige, legte Colonel Steel nahe: „Zuerst und vor allem und vor Vertretung aller anderen Dinge handeln Sie für und vertreten Sie das Volk. Wir als Teil der Verwaltung wünschen stark die Bildung politischer Parteien, da sie die Basis, die Grundlage für eine demokratische Selbstverwaltung sind." Aber es sei nötig, „dass jedes Parteimitglied frei und nach seinem persönlichen Ermessen hier handelt". Damit sprach Steel sich klar gegen Fraktionszwang aus.
Aus seiner Mitte heraus wählte das Stadtparlament den Bürgermeister und die Ausschüsse und verfuhr dabei in der Form wie schon beim berufenen

Parlament – und diese demokratische Verfahrensweise wurde Vorbild bis auf den heutigen Tag. Die CDU als stärkste Fraktion stellte den Bürgermeister mit A. Duus, ebenfalls seinen Stellvertreter mit Willi Salzwedel. Im neunköpfigen Stadtausschuss waren alle drei Fraktionen vertreten. Auch die Besetzung der übrigen Ausschüsse war interfraktionell abgesprochen.

Zur Wahlentwicklung in Husum 1947–1949

Bei der Kreistagswahl am 13. Okt. 1946 konnte die CDU ihre führende Stellung mit 38,3 % noch verstärken, gefolgt vom SSV mit 33,2 % und der SPD mit 27,5 %. Bei der Landtagswahl 1947, der Kreistagswahl 1948 und der Bundestagswahl 1949 ging die CDU auf etwa 30 % und darunter zurück. Die SPD erreichte ebenfalls Werte um 30 %, fiel jedoch bei der Bundestagswahl auf 21,2 % ab. Der SSV, ab 1948 SSW, hatte Werte deutlich über 30 %, fiel jedoch ab 1948 darunter. Die FDP trat nach 2,1 % bei der Landtagswahl 1947 erst 1949 mit 13,4 % deutlich in Erscheinung.
Bei der Neuwahl des Stadtparlaments 1948 gab es große Veränderungen. Die CDU verlor ihre absolute Mehrheit, und die SPD verdoppelte ihre Sitze.

Sitzverteilung nach der ersten Stadtverordnetenwahl am 24. Okt. 1948:

CDU	10 Sitze
SPD	9 Sitze
SSW	5 Sitze
KPD	–

Wichtiger Abschluss des demokratischen Aufbaus in den drei Westzonen waren die Gründung der Bundesrepublik Deutschland mit der Verkündung und dem Inkrafttreten des Bonner Grundgesetzes am 23. Mai 1949 und die erste Bundestagswahl zwecks Bildung der Regierung und Legislative.

Ergebnis der Bundestagswahl am 14. August 1949:

	Bundesrepublik		Stadt Husum	
	in %	Sitze	Stimmen =	%
CDU/CSU	31,0	139 + 2 Berliner	3.936 =	28,4
SPD	29,2	131 + 5 Berliner	2.947 =	21,2
FDP	11,9	52 + 1 Berliner	1.854 =	13,4
DP (Deutsche P.)	4,0	17	833 =	6,0
KPD	5,7	15	263 =	1,9
SSW	0,3	1	3.711 =	26,7
Sonstige	17,9	47	334 =	2,4
zus.	100,0	402 + 8 Berliner	zus. 13.878 =	100,0

Für die Entwicklung der neuen Republik war vor allem wichtig, dass die demokratischen Parteien CDU, SPD und FDP in Bonn über 70 % der Stimmen und Sitze erhielten und dass damit ein tragfähiger Anfang für die Demokratie im westlichen Teil Deutschlands erreicht war. – Ähnlich wie in Bonn, wo die CDU/CSU zusammen mit der FDP und der DP die erste Bundesregierung bildete, wurde die CDU in Husum stärkste Partei.

Deutsch-dänischer Grenzkampf und Kalter Krieg drängen NS-Bewältigung in den Hintergrund

Vorbemerkung: Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wurde sehr bald nach dem Zusammenbruch durch den Grenzkampf und durch die Frontstellung gegen den Kommunismus, also den sog. Kalten Krieg, in den Hintergrund gedrängt. Auf diese beiden Vorgänge können wir im Rahmen dieses Beitrages nur kurz eingehen.

Grenzkampf: die neue dänische Bewegung in Husum

Fast explosionsartig erreichte die prodänische Bewegung ihre hohen Wahlergebnisse in der Stadt Husum: Nach den 28,9 % vom Sep. 1946 steigerte sich die prodänische Partei im folgenden Oktober bei der Kreiswahl auf 32,2 %, bei der Landtagswahl am 20. 04. 1947 auf 34,8 % und bei der Nachwahl im östlichen Stadtbezirk am 9. Nov. 1947 sogar auf 41,3 %. Damit hatte sie allerdings ihren Höhepunkt überschritten. Bei der Bundestagswahl 1949 fiel der SSW auf 26,7 %, und das entsprach dem allgemeinen SSW-Trend im Landesteil Schleswig. – Da diese Bewegung in Husum – im Unterschied etwa zu Flensburg – keine Tradition hatte, ja die nordfriesische Stadt bei den Grenzkämpfen um 1848 und 1920 betont antidänisch eingestellt war, erschien diese starke Entwicklung für viele umso erstaunlicher.
Dennoch gab es zahlreiche Gründe. Hauptgründe waren der Zusammenbruch und die riesigen Versorgungsprobleme. Zusätzlich veranlassten die maßlose Enttäuschung über den verlorenen Krieg, auch über die NS-Verbrechen, und die Angst vor Überfremdung durch den Flüchtlingszustrom viele Menschen, einen Anschluss des Landesteils Schleswig an Dänemark anzustreben – Bestrebungen, auf die die Britische Besatzungsmacht nicht ernsthaft einging, weil sie den Aufbau des westdeutschen Staates gerade im Hinblick auf die Abwehr der kommunistischen Gefahr hätten stören können. Immerhin entwickelte sich auch in Husum eine dänische Minderheit, die mit zahlreichen Einrichtungen Hilfe und Gemeinschaft anbot, nämlich Schule, Kindergarten, Kirche, Bibliothek u. a. m.

Führender Mann in Husum war Studienrat a. D. Dr. L. C. Peters, der in der NS-Zeit gelitten hatte und betont nsfeindlich agitierte. Die deutsch-dänischen Auseinandersetzungen führten auch in Husum zu einem hitzigen Grenzkampf. Für Vergangenheitsbewältigung war kaum Raum, aber auch nicht für neutrale Positionen im Grenzkampf. Das musste auch der ehrenamtliche Bürgermeister Dr. G. Carstens im Sep. 1946 erfahren, als er als unabhängiger Direktkandidat trotz seiner Verdienste ganz knapp sein Mandat verfehlte.

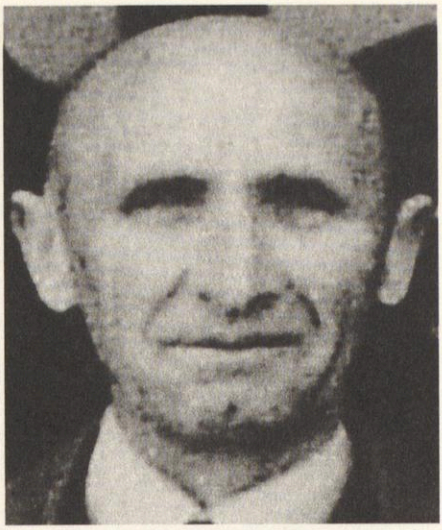


Abb. 10: Dr. Lorenz Conrad Peters (1885–1949), Studienrat, Heimatforscher u. Vorkämpfer friesischen Volkstums, NS-Verfolgter, warb ab 1945 für eine prodänische Orientierung in Husum, im September 1946 direkt ins Stadtparlament gewählt u. bis Okt. 1948 Sprecher der SSV-Fraktion.

Kalter Krieg:
Abwehr der kommunistischen Gefahr – Haftstrafen für SA-Ausschreitungen

Aufgrund der kommunistischen Machtübernahme in den osteuropäischen Staaten gleich nach 1945 und ihrer Eingliederung in den sowjetischen Machtbereich ging der Westen schnell zur politischen und militärischen Abwehr der kommunistischen Gefahr über. Dem sowjetischen Versuch, Westberlin vom Westen zu trennen, begegnete dieser mit der 11-monatigen Luftbrücke 1948/49.
Auf militärischem Gebiet wurde 1949 der Nordatlantikpakt (Nato) gegründet. Ab Anfang der 1950er Jahre liefen die Bemühungen um einen deutschen Wehrbeitrag. 1955 erfolgte der Nato-Eintritt der Bundesrepublik Deutschland, ab Januar 1956 begannen die Einberufung der ersten Freiwilligen und damit der Aufbau der Bundeswehr. – Im Rahmen des allumfassenden Propagandakriegs zwischen Ost und West, des sog. Kalten Krieges, war kein Platz mehr für eine gründliche Vergangenheitsbewältigung, vielmehr wurde die Mitarbeit der ehemaligen NSDAP-Mitglieder beim Aufbau des neuen Staates benötigt.
Ein bedeutender Vorgang sei jedoch schon hier erwähnt. Ein Stück Aufarbeitung der Vergangenheit wurde nämlich im November 1949 im Aufsehen erregenden Husumer Schwurgerichtsprozess gegen die Anführer der SA-Ausschreitungen gegenüber Freimaurern vom Juni 1934 geleistet.[7a] Es gab mehrere Haftstrafen.

[7a] Siehe Sörensen in Gesch. Husums, S. 217 und S. 236.

Urteilsverkündung im Landfriedensbruch-Prozeß

ws. Husum. Unter starkem Publikumsandrang fand Mittwoch nachmittag 14 Uhr im Saale des „Schützenhofes" die Urteilsverkündung im Husumer Landfriedensbruch-Prozeß statt. Dieser hatte, wie wir berichteten, am 22. November begonnen. Von den zwölf Angeklagten fehlten der erkrankte Dierks, während Sander, auf den der Staatsanwalt von sich aus verzichtet hatte, wegen wahrscheinlichen Freispruchs beurlaubt war.

Unter den Zuhörern befanden sich eine Reihe von ehemaligen führenden Nationalsozialisten. Während ein ehemaliger Kreisleiter auf der Anklagebank saß, hatte ein anderer früherer Kreisleiter im Zuhörerraum Platz genommen.

Landgerichtsdirektor Dr. Luprian verkündete folgende Urteile: Wilhelm Knudsen, zwei Jahre zwei Monate Gefängnis unter Anrechnung von zwei Jahren Internierungshaft.

H. Kehr, zwei Jahre sechs Monate Gefängnis unter Anrechnung von zwei Jahren Internierungshaft.

Abb. 11: Die SA-Ausschreitungen gegen drei Husumer Freimaurer in der Nacht 19./20. Juni 1934 wurden 1949 endlich gerichtlich aufgearbeitet. Die höchste Strafe erhielt der damalige NSDAP-Kreisgeschäftsführer und spätere Kreisleiter Hans Kehr. Weitere Angeklagte erhielten neun bzw. sechs Monate Gefängnis. Kehr war Ende der 1960er Jahre führend in der NPD Schleswig-Holstein tätig. Ausschnitt aus Husumer Tageszeitung v. 1. Dez. 1949.

Demontage des Flugplatzes, Währungsreform und wieder Tageszeitungen Ein Fall von Demontage

Auch Husum erlebte die Demontage einer kriegswichtigen Einrichtung, nämlich die Zerstörung des ab 1939 geschaffenen Fluplatzes Husum-Schauendahl. Bei Kriegsende hatten die Briten 188 Flugzeuge von 15 verschiedenen Typen auf dem Fliegerhorst Husum-Schauendahl übernommen. Von den Raketenjägern wurden 25 zerlegt und zur englischen Luftwaffenbasis Farnborough gebracht. Bis zum Juli 1945 nutzte die Royal Air Force den Platz noch für eigene Staffeln. Danach sprengte deutsches Personal im Auftrage der britischen Luftwaffe die Start- und Landebahnen. Auch diese Demontage wirkte nicht gerade ermutigend auf die Bevölkerung.

Der südliche Teil des Geländes wurde durch den Bebauungsplan von 1958 in die Stadtplanung einbezogen. Nach und nach entstand hier der neue Stadtteil „Husum Nord" mit den kulturellen Mittelpunkten Klaus-Groth-Schule und Versöhnungskirche (erbaut 1965–1968) – ein spätes Zeichen des Wiederaufbaus. Der nördliche, größere Teil des Flugplatzgeländes wurde später von der Bundeswehr übernommen, die dort die Julius-Leber-Kaserne errichtete und Übungsplätze nutzte und noch nutzt.

Die Währungsreform vom 20. Juni 1948

Dem militärischen Zusammenbruch von 1945 folgte der Staatsbankrott, der zweite innerhalb einer Generation. Der Verfall des Geldwertes verdüsterte noch die hoffnungslos erscheinende Lage. 1948 wurde endlich die „Zigarettenwährung", bei der eine Zigarette als Tauschmittel bis zu 7 RM ersetzte,

abgelöst durch die sich als stabil erweisende Deutsche Mark – ein großer Schritt, der die wirtschaftliche Gesundung ermöglichte und das Vertrauen in den demokratischen Neuanfang allmählich stärkte.

Nach und nach wieder Tageszeitungen

Nach Kriegsende erschien die letzte Ausgabe der „Husumer Nachrichten", die den Husumer Raum publizistisch beherrscht hatten, am 21. Juni 1945. Dann erschienen zunächst etwa zwei- bis dreimal wöchentlich von der Besatzungsmacht veranlasste Mitteilungsblätter, und zwar der „Kieler Kurier" für den nördlichen Teil Schleswig-Holsteins (25. 7. 1945 bis 3. 4. 1946) und das „Anzeigenblatt für die Kreise Husum und Eiderstedt". Im Jahre 1946 fanden zwei auswärtige Tageszeitungen zunehmend Verbreitung, nämlich die von der SPD herausgegebene „Kieler Volkszeitung" und das „Flensburger Tageblatt", das schon ab 4. April 1946 seine Lizenz erhielt[7b] und ab 1. Okt. 1949 die Lokalausgabe „Husumer Tageszeitung" herausbrachte. Aber erst 1949 erteilte der Landespresseausschuss dem vorherigen Verleger und Herausgeber der „Husumer Nachrichten" Carl Iselt, der 1937 in die NSDAP aufgenommen worden war, die Lizenz: Die Nr. 1 der HN erschien am Sonnabend, dem 24. Sept. 1949. Ganz offensichtlich spielte seine frühere Parteizugehörigkeit eine Rolle für diese Verzögerung. – Bereits ab 1948 kam in Husum die deutschsprachige „Südschleswigsche Heimatzeitung" (SHZ) als zweite Zeitung der dänischen Minderheit neben der dänischsprachigen „Flensborg Avis" heraus.
So standen den Husumern allmählich diese täglichen Informationsquellen zur Verfügung, die eine lebendige Teilnahme am demokratischen Wiederaufbau ermöglichten.

[7b] Angaben nach K. Jürgensen, Briten in SH, S. 41ff.

II. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus

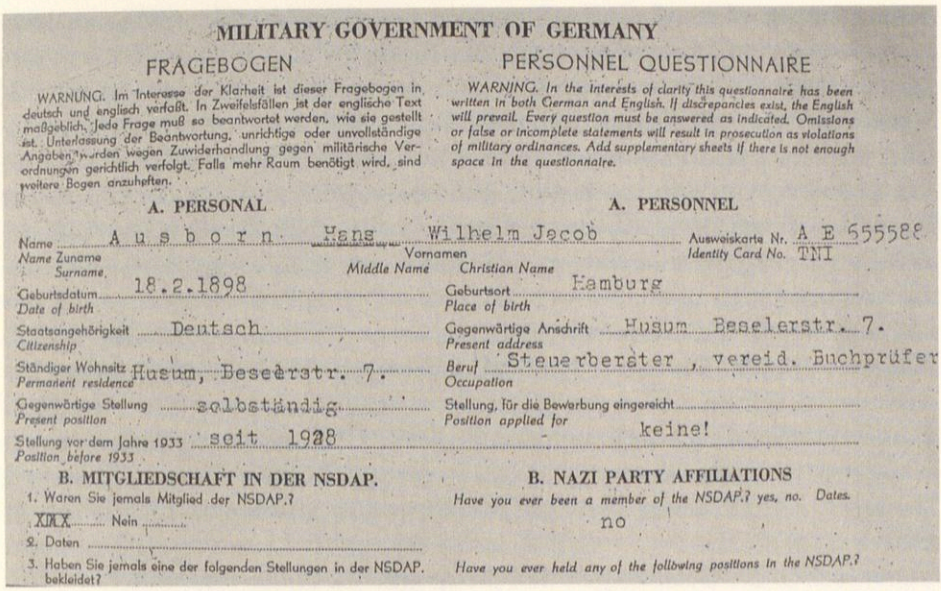
Vorbemerkung: Es ist im Rahmen dieses Beitrags nicht möglich, das Thema erschöpfend zu behandeln. Hier können nur einige Aspekte beleuchtet und Überlegungen angefügt werden.

NS-Pläne zur Verteidigung der Stadt provozierten Luftangriff – trotz Warnungen

Eine erste Auseinandersetzung gab es noch vor Kriegsende. Die NS-Führung in Husum musste in den ersten Maitagen 1945 energischen Widerspruch hinnehmen. Es ging um die Verteidigung der Stadt. Am 22. April 1945 waren, getrieben von Durchhalteparolen, Panzersperrren an den Ortsausgängen errichtet worden. Zu der Zeit hatten die britischen Streitkräfte schon den Raum Lauenburg-Lüneburg erreicht und drängten von dort aus auf Waffenruhe in Schleswig-Holstein. Da jedoch der NS-Stadtkommandant trotz eindringlicher Warnungen noch auf Verteidigung „bis zum letzten Mann" bestand, wurde der Nordteil der Stadt um den Flugplatz herum in der Nacht vom 2. auf den 3. Mai bombardiert. Zwei Tote waren zu beklagen. Erst danach hatten die energischen Bemühungen von Dr. Hans Hansen, dem Chef des Reservelazaretts mit etwa 3.000 Verwundeten, und von dem von der Ostfront zurückgekehrten Major Dr. G. Carstens, dem späteren Bürgermeister, den Erfolg, dass Husum die Verteidigung aufgab und sich am 4. Mai 1945 zur Verwundetenstadt erklärte.

Die Entnazifizierung

Unter dem Leitsatz der Umerziehung und „Ausrottung des NS" führten die Besatzungsmächte eine groß angelegte Entnazifizierung durch. Ihr Ziel war die Bestrafung der Betroffenen und deren Entfernung möglichst aus allen staatlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Stellungen. Zur Erfassung bedienten sie sich eines umfangreichen Fragebogens, der bis zu 132 Fragen enthielt und zweisprachig gehalten war, hier in englischer und deutscher Sprache, wie fast alle amtlichen Schriftstücke und Verlautbarungen der Besatzungszeit. Befragt wurden neben den Mitgliedern der Partei auch die der Gliederungen wie SA und SS, aber auch der angeschlossenen Berufsverbände wie DAF (Deutsche Arbeitsfront) oder NS-Lehrerbund, die oft zu Pflichtorganisationen geworden waren. Funktionsträgern, im NS-Sprachgebrauch „Amtswaltern", die einen Betrieb führten, wurde ein Treuhänder vorgesetzt, der in regelmäßigen Abständen zur Überwachung ihrer Tätigkeit erschien.



MILITARY GOVERNMENT OF GERMANY

FRAGEBOGEN

WARNUNG. Im Interesse der Klarheit ist dieser Fragebogen in deutsch und englisch verfaßt. In Zweifelsfällen ist der englische Text maßgeblich. Jede Frage muß so beantwortet werden, wie sie gestellt ist. Unterlassung der Beantwortung, unrichtige oder unvollständige Angaben werden wegen Zuwiderhandlung gegen militärische Verordnungen gerichtlich verfolgt. Falls mehr Raum benötigt wird, sind weitere Bogen anzuheften.

PERSONNEL QUESTIONNAIRE

WARNING. In the interests of clarity this questionnaire has been written in both German and English. If discrepancies exist, the English will prevail. Every question must be answered as indicated. Omissions or false or incomplete statements will result in prosecution as violations of military ordinances. Add supplementary sheets if there is not enough space in the questionnaire.

A. PERSONAL

A. PERSONNEL

Name / Name Zuname / Surname: Ausborn Hans Wilhelm Jacob (Vornamen / Middle Name / Christian Name)

Ausweiskarte Nr. / Identity Card No.: A E 555588 TNI

Geburtsdatum / Date of birth: 18.2.1898

Geburtsort / Place of birth: Hamburg

Staatsangehörigkeit / Citizenship: Deutsch

Gegenwärtige Anschrift / Present address: Husum Beselerstr. 7.

Ständiger Wohnsitz / Permanent residence: Husum, Beselerstr. 7.

Beruf / Occupation: Steuerberater, vereid. Buchprüfer

Gegenwärtige Stellung / Present position: selbständig

Stellung, für die Bewerbung eingereicht / Position applied for: keine!

Stellung vor dem Jahre 1933 / Position before 1933: seit 1928

B. MITGLIEDSCHAFT IN DER NSDAP.

B. NAZI PARTY AFFILIATIONS

1. Waren Sie jemals Mitglied der NSDAP.? / Have you ever been a member of the NSDAP.? yes, no. Dates.

XXX Nein / no

2. Daten

3. Haben Sie jemals eine der folgenden Stellungen in der NSDAP. bekleidet? / Have you ever held any of the following positions in the NSDAP.?

Abb. 13: Der Fragebogen der Militärregierung zur Entnazifizierung war zweisprachig und enthielt 132 Fragen. H. Ausborn war nicht Mitglied der NSDAP, SA oder SS, aber u. a. im berufsbezogenen NS-Rechtswahrerbund, wurde daher einbezogen und als Entlasteter eingestuft. 1934 war er als Freimaurer sogar Opfer der SA-Ausschreitungen gewesen.

Wenn auch in der Bevölkerung die politische Säuberung weitgehend als notwendig anerkannt wurde, so war doch die Haltung der Betroffenen ganz unterschiedlich und zeigte alle Facetten menschlichen Handelns in bedrängter Lage. Sie reichte von Einsicht in die NS-Verbrechen und in persönliche Verstrickung über Abwehr gegenüber den Nachforschungen bis hin zur sturen Leugnung von deutscher Schuld und persönlicher Beteiligung, ja in Extremfällen bis zur Rechtfertigung der Verbrechen. Das Bekenntnis des Eiderstedter Kreisleiters und Landrats Otto Hamkens (1887–1969), der Jurist war und 1943 ganz aus der politischen Arbeit ausschied, dass seine Internierung gerechtfertigt sei,[8a] gehört wohl eher zu den Ausnahmen.

Die ehemaligen Mitglieder von NS-Organisationen wurden in fünf Gruppen eingeteilt. In den rund sechs Mio. Verfahren in den drei Westzonen wurde bis 1949/50 so entschieden:

Kategorie I	Hauptschuldige:	1.667	Personen
Kategorie II	Belastete (Aktivisten):	23.060	Personen
Kategorie III	Minderbelastete:	150.425	Personen
Kategorie IV	Mitläufer	1.005.854	Personen
Kategorie V	Entlastete	1.213.873	Personen

[8a] Nach Auskunft seines Sohnes Peter-Gonne Hamkens v. 20. Jan. 1998.

Amnestiert wurden rd. 4 Mio. Personen, vor allem von den jüngeren Jahrgängen und den Heimkehrern aus der Kriegsgefangenschaft. Straffrei blieben auch die Entlasteten und etwa 25 % der Mitläufer. Alle wichtigeren NS-Funktionsträger wie Ortsgruppenleiter u. a. wurden etwa ein bis zwei Jahre lang interniert und mussten z. T. über weitere zwei Jahre auf ihr Entnazifizierungsverfahren warten. Zu den Belasteten gehörten aus dem Husumer Raum Kreisleiter Hermann Hansen und sein Geschäftsführer Hans Kehr, die sich in Spruchgerichtsverfahren außerhalb von Schleswig-Holstein zu verantworten hatten.

Die britische Besatzungsmacht legte die Entnazifizierung ab 1. Okt. 1947 in deutsche Hände. Der Landtag von Schleswig-Holstein verabschiedete bereits am 10. Februar 1948 das „Gesetz zur Fortführung und zum Abschluss der Entnazifizierung" und zog dann im März 1951 mit dem „Gesetz zur Beendigung der Entnazifizierung" einen Schlussstrich unter diesen schwierigen Komplex. Alle Personen der Gruppen III und IV wurden zu Entlasteten erklärt.

Damit hörten die Belastungen auf, die gerade die später Amnestierten, aber auch die Mitläufer und Entlasteten bedrückt hatten, zumal Falschanzeigen durch Mitbürger und Fehlurteile durch Behörden und Ausschüsse nicht ausblieben und führende Parteivertreter mit glimpflichen Strafen davonkamen, so dass sich im Volksmund der – sicherlich schiefe – Spruch verbreitete: „Die Kleinen hängt man, und die Großen lässt man laufen." Die Ausschüsse arbeiteten auf Kreisebene und setzten sich aus politisch Unbelasteten zusammen, d. h. NS-Unbeteiligten und entschiedenen NS-Gegnern, die zum Teil von den Vorgeladenen als nicht objektiv und sachlich angesehen wurden. Tatsächlich wurde in Einzelfällen die Gelegenheit zu persönlichen Abrechnungen genutzt, sofern nicht der Ausschussvorsitzende korrigierend eingriff. So machte der Spruch vom „Volk der Dichter, Denker und Denunzianten" die Runde, der also ein besonderes „3-D-Klima" beschrieb.

Entnazifizierungsverfahren in Husum

Rechnet man die Zahlen des Bundesgebiets auf Husum um, so ergibt sich, dass rd. 3.000 Einwohner von dem Entnazifizierungsverfahren betroffen waren mit all den belastenden Begleiterscheinungen. NS-Verfolgte wie die ehemaligen Kommunisten Matthias Jacobsen Heinrich Hansen, bekannt als Hein Kommunist, viele Sozialdemokraten und viele bürgerliche NS-Opfer wie Dr. G. Carstens und Bruno Schlüter wurden nun von den Betroffenen gebeten, ihnen ein schuldfreies Verhalten zu bestätigen, also, wie der Volksmund es nannte, einen „Persilschein" auszustellen – und sie erklärten sich dazu bereit, teils einfach aus Hilfsbereitschaft, teils aus Nachsicht und Verständnis

für menschliches Verhalten in schwieriger Lage. So konnten manche ideologischen Gräben und persönlichen Berührungsängste überwunden werden. Insgesamt ergibt sich jedoch der Eindruck, dass die Entnazifizierung, gerade wegen mancher Ungereimtheiten, das innenpolitische Klima verschärfte. Hatte Dr. Carstens im berufenen Stadtplenum noch im Januar 1946 sagen können, dass die Mitglieder sich einig seien „in der Ablehnung des Faschismus" – allerdings mussten danach noch ein paar von ihnen wegen SA- oder SS-Zugehörigkeit zurücktreten – so wurde das Thema im Laufe des Jahres zum heißen Eisen. Wie brisant es wurde, zeigt das Eingreifen der Militärregierung selbst in die Arbeit des im September 1946 gewählten Plenums. Im Protokoll über die Sitzung des Stadtparlaments vom 5. 11. 1946 heißt es:
„Aufklärungsvortrag des Herrn Richard Schulze über die Durchführung der Entnazifizierung. – Dieser Tagesordnungspunkt wurde wegen einer Verfügung der Militärregierung, Herrn Major Calcott, abgesetzt."
Noch im Juli 1953 wies Bürgervorsteher Wilhelm Laubach im Rahmen der 350-Jahr-Feier Husums darauf hin, dass „seit der schmerzlichen Katastrophe von 1945 ... die Zusammensetzung der Bevölkerung eine andere geworden (ist) und die Gegensätze sich verschärft (haben)".[8b] Während das Flüchtlingsproblem sich mehr und mehr entspannte, blieben die Unterschiede im Umgang mit der NS-Vergangenheit unterschwellig bestehen.

Unterschiede in den Verfahren und in der Wiedereingliederung

An einigen Beispielen sei gezeigt, wie unterschiedlich die Verfahren und die anschließende Wiedereingliederung von Mitgliedern der NSDAP und der NS-Organisationen und NS-Institutionen verliefen. Zunächst zu einigen Lehrern.
Da ist das noch glimpflich verlaufene Vorgehen gegen den Mildstedter Schulleiter Arthur Kiehne. Er, der weder Mitglied der NSDAP noch Anhänger des NS gewesen war, wurde 1945 wegen seiner Mitgliedschaft im V.D.A. (Volksbund für das Deutschtum im Ausland) amtsenthoben und musste mit seiner Familie in die Dachwohnung ziehen, während ein heimatvertriebener Kollege sein Amt und seine Wohnung übernahm, bis dessen Parteizugehörigkeit aufgedeckt wurde. Der V. D. A. hatte als „Verein für das Deutschtum im Ausland" schon im Kaiserreich und in der Weimarer Republik gewirkt und hauptsächlich das Schulwesen im Ausland gefördert. In der NS-Zeit setzte er seine Arbeit fort, und mit ihm auch Schulleiter Kiehne, der diese Tätigkeit als unverfänglich ansah. Die Organisation wurde jedoch voll-

[8b] Siehe Gesch. Husums, S. 243.

ends 1938 gleichgeschaltet und in „Volksbund" umbenannt. Aufgrund dieser Entwicklung wurden ihre Mitarbeiter in die Entnazifizierung einbezogen. A. Kiehne wurde endlich im Februar 1946 wieder in Amt und Würden eingesetzt.

Die Mehrzahl der NS-Lehrer wurde im Verlaufe der Jahre 1946 und 1947 wieder in den Dienst aufgenommen. Doch in Husum mussten einige Lehrer deutlich länger warten, obwohl sie nicht zu den fanatischen Parteigrößen gehört hatten. Zu nennen ist z. B. der Mittelschullehrer Daniel Scheer, Jg. 1899, der auch bis 1937 Leiter des NS-Lehrerbundes in der Stadt war und danach kein anderes politisches Amt bekleidet hatte.[9] Er wurde im Juni 1945 verhaftet und blieb 15 Monate interniert, während sein Nachfolger im NS-Lehrerbund, zugleich Kreisvorsitzender, nicht interniert wurde. Ins Lehramt konnte D. Scheer erst im Feb. 1949 zurückkehren, zunächst an einer Volksschule, dann 1951 wieder an der Mittelschule, wo er 1953 zum Konrektor befördert wurde. In der Spruchentscheidung des Entnazifizierungs-Hauptausschusses hieß es:

„Zeugenaussagen ergeben, dass Scheer seine Tätigkeit schon lange vor der Kapitulation eingestellt hat, zumal führende Kreise mit dem Verhalten des Scheer nicht einverstanden waren..."[10]

In seinen Aufzeichnungen hat sein Sohn Gerhard Scheer den Verdacht dargelegt, dass eine frühere Kollegin seines Vaters, die nach 1945 als Kreisschulrätin für Husum und Eiderstedt eingesetzt und 1948 zur Stadtschulrätin in Flensburg gewählt wurde, aus persönlicher Rache gegen Scheer und Kollegen deren Wiedereinstellung hintertrieben habe.[11a] Tatsächlich kam dieses Problem auch in der Sitzung des Husumer Kreistages am 19. Okt. 1948 zur Sprache, und zwar durch den Antrag des KPD-Kreisrats Gustav Jahn auf Untersuchung darüber, wie weit die Schulrätin „in ihrer früheren Eigenschaft als Mitglied des Entnazifizierungsausschusses ... bewußt Lehrer aus dem Kreise belastet habe, die durch diese Belastung zunächst in Kategorie III eingestuft wurden". Später hätten sich diese Beschuldigungen, so berichtet das Flensburger Tageblatt weiter aus dem Kreistag, in öffentlichen Verfahren als gegenstandslos erwiesen, aber die Lehrer seien noch immer nicht im Dienst.[11b] Der Kreistag beschloss, den Antrag von Jahn auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen die Schulrätin „nach Beibringung

9 Siehe G. Scheer, Ende und Anfang, S. 14.

10 Ebd., S. 53 u. S. 57ff. betr. Wiedereinstellung.

11a Ebd., S. 52. Die dort angeführten Zitate finden sich jedoch weder im Protokoll des Kreisausschusses (vergl. KANF B 2, Nr. 11) noch des Kreistags (B 2, Nr. 4) noch im Bericht des Flensburger Tageblatts v. 21. Okt. 1948.

11b Nach Flensburger Tageblatt v. 21. Okt. 1948 „Bilanz nach zwei Jahren".

entsprechenden Beweismaterials an die Landesregierung weiterzuleiten".[11c] – D. Scheer musste 3 Jahre und 8 Monate Berufsverbot und Gehaltsausfall hinnehmen.

Sein Kollege Willi Andresen, der von Bredstedt für die Jahre 1943–1945 als kommissarischer Leiter an die Husumer Mittelschule abgeordnet worden war und dort Vorgesetzter der späteren Schulrätin gewesen war, nahm nach 1945 Gemüseanbau auf einem gepachteten Stück Land auf, um seine Familie aus den Erlösen zu ernähren, und kehrte ebenfalls erst spät wieder in den Schuldienst zurück.

Ganz anders verhielt sich der Lehrer Claudius Albers, der von 1943–1945 an der Husumer Mittelschule unbeirrt Rassenlehre unterrichtet und die Reinhaltung der arischen Rasse und den Niedergang des Judentums „gepredigt" habe, wie ein ehemaliger Schüler berichtete und fortfuhr: „Ein Lehrer solcher Gesinnung wurde Rektor."[12a] Tatsächlich wurde Albers schon 1950 die Schulleitung übertragen. Er war erst ein Jahr vorher wieder an die Mittelschule gekommen.

Ein anderer kommissarischer Schulleiter, nämlich Oberstudienrat Ernst Groth an der Hermann-Tast-Schule, konnte bald nach 1945 das Amt des stellvertretenden Schulleiters übernehmen.

Zum Stand der Entnazifizierung im Husumer Raum im Okt. 1948

Der im Herbst 1946 gewählte Husumer Kreistag nutzte seine Sitzung am 19. Okt. 1948, die letzte vor der Kreiswahl am 30. Okt., ausführlich dazu, Bilanz zu ziehen, gerade auch zum Stand der Entnazifizierung. Auf Antrag von Kreisrat Walter Peters (CDU) aus Bredstedt wurde einstimmig eine Erklärung verabschiedet, nach der „die Entnazifizierung so schnell wie möglich zum Abschluß gebracht werden muß". Sie und vor allem die Kategorisierung trügen „nicht dazu bei, die Bevölkerung, die ehrlichen Willens ist, zur Mitarbeit an dem Aufbau einer wahrhaften Demokratie zu veranlassen". Es sei bis dahin „nicht gelungen..., die verantwortlichen und üblen Helfershelfer des Naziregimes zur Rechenschaft zu ziehen, während der wirklich leidende Teil, die Beamten- und Angestelltenschaft, alle Folgen der Entnazifizierung und Kategorisierung zu tragen hat". Die „üblen Aktivisten" seien so schnell wie möglich zu überprüfen, aber „dem weitaus größten Teil der Bevölkerung (sei) durch die Amnestie Entlastung zu erteilen".[12b]

[11c] Nach KANF B 2, Nr. 4.

[12a] Siehe Bericht von Hans Heinrich Pingel in Festschrift 60 J. Mittelschule, S. 16.

[12b] Wie Anm. 11b.

Auch eine Personalentscheidung vom 19. Okt. 1948 wirft ein bezeichnendes Licht auf den Stand des Umgangs mit NSDAP-Mitgliedern. Der Kreistag, in dem damals die Parteien CDU, SPD, SSW und auch noch die KPD vertreten waren, hatte der Landesregierung einen dreiköpfigen Vorschlag für das Amt des Schulrats zu unterbreiten und setzte einstimmig an die 1. Stelle den früheren Schulrat Detlev Hansen, der von 1932 bis 1945 amtiert hatte und soeben in die Kategorie V (Entlastete) eingestuft worden war. Trotz einmütiger Unterstützung, auch durch die Presse, entschied Kultusminister Wilhelm Kuklinski (SPD) aus „grenzpolitischen Gründen", wie er schon früher hatte durchblicken lassen, anders. Schulrat wurde der Lehrer Oskar Jensen, der an zweiter Stelle des Vorschlags stand.[12c]

Diskussionen um Wiedereingliederung von NSDAP-Mitgliedern auf Bundesebene

Auf Bundesebene ging die gesellschaftliche Wiedereingliederung ehemaliger Parteigenossen mit der Gründung der Bundesrepublik im Jahre 1949 zügig voran. So wurde das diplomatische Korps der NS-Zeit fast ausnahmslos übernommen. Verdachtsfälle von Verstrickungen in NS-Ideologie tat Kanzler Adenauer mit dem Ausruf ab, es müsse „endlich Schluss sein mit der ‚Nazi-Riecherei'". Egon Bahr (SPD), damals noch Journalist, gewährte einen weiten Rahmen:
„Wenn jemand der ehemaligen NSDAP-Mitglieder kein Blut an den Händen hatte, dann sollte man ihm die Chance geben, sich in der Demokratie zu bewähren."
Da Adenauer den Alliierten klar gemacht hatte, dass der Wiederaufbau und die Beteiligung an der Abwehrfront gegenüber dem Kommunismus ohne ehemalige Nationalsozialisten nicht möglich sei, ebbte die Diskussion über die Vergangenheit in der deutschen Gesellschaft in den 1950er und 1960er Jahren ab. Die einzelnen Kriegsverbrecherprozesse führten nicht mehr zu einer breiten Debatte in der Bevölkerung. Die NS-Vergangenheit war für Bewerbungen kein Hindernis mehr, ja schien hier und da sogar ein Vorteil zu sein, wie kritische Beobachter argwöhnten. Die Studentenrevolte von 1968 richtete sich auch gegen angebliche Tendenzen einer Renazifizierung in der Bundesrepublik.

[12c] Wie Anm. 11b und nach KANF B 2. Nr. 4.

Auch in Husum eine Mauer des Schweigens – erst in den 1980er Jahren durchbrochen

In Husum herrschte lange Zeit Schweigen über die NS-Diktatur, auch am Hermann-Tast-Gymnasium. Der Verfasser dieses Beitrages erinnert sich als Abiturient von 1957, dass in seiner Klasse im Geschichtsunterricht das Dritte Reich und somit die NS-Verbrechen ausgeblendet wurden. Lehren konnten also nicht gezogen werden.

Als ich in den 1960er Jahren meine Forschungen für die Prüfungsarbeit über den Aufstieg der NSDAP in Husum anstellte, da begegnete ich weithin einer Abwehrhaltung, die vom Abraten bis hin zu Verhinderungsversuchen reichte. Erst Anfang der 1980er Jahre wurde die Mauer des Schweigens durchbrochen. Eine Arbeitsgruppe junger Forscher hatte sich mit dem KZ Husum-Schwesing beschäftigt, einem Außenlager des KZ's Hamburg-Neuengamme, bei dem im Herbst 1944 insgesamt rund 3.000 Insassen in mehreren Belegungen zusammengepfercht waren, von denen ca. 300 umkamen und auf dem Husumer Ostfriedhof verscharrt wurden. Die öffentliche Veranstaltung zu diesem Thema im vollen Saal von Husum Hus am 30. Jan. 1983 ließ die repressiven Kräfte in Husum erlahmen. Das Gelände in Schwesing-Engelsburg ist danach zur Gedenkstätte ausgebaut worden, versehen mit einem kleinen Gebäude und mit 300 Stelen für die Toten.

Eine erste Gedenkstätte für die Toten des KZ hatte der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Ortsgruppe Husum, auf Initiative ihres Vorsitzenden, des Rödemisser Gemeindepastors Wilhelm Detlefsen, im Jahre 1957 auf dem Ostfriedhof an der Stelle der Massengräber errichtet. Danach setzte für rund ein Vierteljahrhundert das Schweigen ein. – Übrigens war 1954 eine Ehrung deutscher Wehrmachtsangehöriger vorangegangen. Ebenfalls auf dem Ostfriedhof war eine „Ruhestätte deutscher Soldaten" mit Sandsteinkreuzen eingeweiht worden, auf der Tote aus dem Lazarett und im Husumer Raum umgekommene Flieger bestattet sind, gleichfalls auf Betreiben von Pastor Detlefsen, der sich seit seinem Beitritt

Abb. 13: Wilhem Detlefsen (1912–1998), Bekennende Kirche, Pastor im Ortsteil Rödemis 1948–1960, Ortsvorsitzender des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Husum, setzte sich für die Schaffung von zwei Gedenkstätten auf dem Ostfriedhof ein: 1954 für deutsche Soldaten und 1957 für die Opfer des KZ Husum-Schwesing.

zur Bekennenden Kirche ab 1934/35 intensiv mit dem Nationalsozialismus auseinandergesetzt hatte, wie wir im Nachtrag am Schluss dieses Beitrages noch erläutern.

Probleme im Umgang mit der NS-Vergangenheit auch heute
Vorbemerkungen:

Um Missverständnissen vorzubeugen, seien ein paar Klarstellungen vorausgeschickt: Aus historischer und demokratischer Sicht kann es kein Verständnis für die menschenverachtende NS-Ideologie und ihre Auswirkungen geben. Wer „Blut an den Händen" hatte, um die Worte des SPD-Politikers Egon Bahr aufzunehmen, kann keine Straffreiheit erfahren. Beim heutigen Umgang kommt es in jedem Fall auf die persönliche Schuld und ihre Schwere an. Aber einen Rückfall in längst überholte Kollektivschuldthesen sollte es nicht geben. Durch die Entnazifizierung wurde die große Masse der NSDAP-Mitglieder wieder in ihre bürgerlichen Rechte eingesetzt und damit für gesellschaftsfähig erklärt. Die bloße Mitgliedschaft in einer NS-Organisation kann nicht zu einer moralischen Verurteilung berechtigen. Im Umgang mit NS-Lebensläufen, so scheint mir, herrschen Berührungsängste, die aus mangelnder Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus kommen. Erschwert wird sie heute durch die Vermengung mit der politischen Bekämpfung der NPD und durch plakative Vereinfachungen in den Medien. Politische Agitation neigt dazu, die jeweilige Meinung ungehemmt zu vertreten, der Historiker aber hat differenziert und abgewogen zu berichten.

Beim Umgang mit der NS-Vergangenheit auch Gründe
für den Partei-Eintritt bedenken!

Heute, so scheint mir, wird der Umgang mit der Vergangenheit von NSDAP-Mitgliedern zu wenig differenziert, ja zu rigoros betrieben. Zum einen werden die Motive für den einstigen Eintritt nicht bedacht, deren Bandbreite hier nur angedeutet werden kann. Da gab es die Verzweifelten, die in der hoffnungslosen wirtschaftlichen Lage vor 1933 in Hitler die letzte Rettung sahen und durch ihre Untersstützung die NSDAP zur stärksten Partei machten. Auch Idealisten traten ein, weil sie sich für eine vermeintlich gute Sache einsetzen und ihren Dienst an der neuen Gemeinschaft leisten wollten. Man denke dabei nur an die vielen jungen Pastoren, die zunächst vor allem der SA beitraten. Daneben gab es die vielen Angepassten, die mit dem Eintritt den bequemen Weg wählten. Beträchtlich war die Schar der Karrierebewussten, die nach der entscheidenden Märzwahl von 1933 „als Märzgefallene" in die Partei drängten, bis diese einen bis 1939 dauernden Aufnah-

mestopp (mit vielen Ausnahmen) verhängte. Und natürlich gab es jene Fanatiker, die blind jedem Befehl folgten. Ab 1939 wurden junge Leute automatisch aus der Pflicht-HJ in die Partei übernommen, in Einzelfällen ohne deren Wissen. Bei Kriegsende wies die Parteistatistik rd. 8,5 Mitglieder auf – mit höchst unterschiedlichen Beweggründen für ihr Mitmachen.
Ein interessanter Fall aus dem Landkreis Husum sei hier angeführt. Der Bürgermeister von Breklum namens Heinrich Thomsen amtierte seit 1929 und blieb über 1933 und 1945 hinaus bis 1946 im Amt. Er wurde auf Anraten seines sozialdemokratischen Nachbarn Walther Helberg zum 1. 5. 1933 Pg und stellte sich 1939 während seiner Amtszeit schützend vor eben diesen Nachbarn, war also kein überzeugter Nationalsozialist.[13]
Als Beispiele, die den heutigen Umgang mit ehemaligen NSDAP-Repräsentanten und deren Leistung beleuchten, seien hier die beiden wichtigsten Bürgermeister der NS-Zeit genannt. In einer früheren Bildreihe der Bürgermeister im alten Husumer Rathaus fehlten ihre Porträts. Wenn diese Präsentation als Ehrung gedacht war, so ist richtig verfahren worden, wobei es doch erhebliche Unterschiede zwischen beiden NS-Bürgermeistern gab. Während Hermann Hansen, Bürgermeister 1933–1937, gleichzeitig Kreisleiter war und sich als Quälgeist gegenüber politischen Gegnern und Andersdenkenden verhielt, galt sein Nachfolger Waldemar Bieling (1938–1945) im Rathaus und darüber hinaus als solider Verwaltungsmann. Gleichwohl erscheint eine Ehrung nicht angebracht. Aber in einer historischen Auflistung wären sie zu erwähnen; denn eine wissenschaftliche Darstellung darf keinen Zeitabschnitt auslassen, nur weil er unangenehm ist.

Kaum erwähnt vom Nissenhaus: Gründungsdirektor Dr. Tidelski

Als weiteres Beispiel sei Musueumsdirektor Dr. Fritz Tidelski (1900–1968) genannt. Eine kürzlich von seinem Sohn Rainer verfasste Schrift über das Nissenhaus, Nordfriesisches Museum,[14] hat auch hier die Frage nach der angemessenen Anerkennung aufgeworfen. Tidelski war Leiter von 1935 bis 1941. Er, der seit 1933 NSDAP-Mitglied war, wurde 1935 zum Gründungsdirektor berufen, weil er „zwischen den kulturellen Zielen der Stiftung und den neuen politischen Machthabern vermitteln" sollte. R. Tidelski fährt fort: „Diese Doppelrolle wurde ihm zum Verhängnis. Auf Drängen der Partei wurde der damals 41-jährige Museumsdirektor an die Ostfront nach Russland befohlen."[15] Er hatte sich in Husum offenbar nicht parteikonform ver-

[13] Siehe Sörensen, Pol. Entw., S. 357, Anm. 537.
[14] Rainer Tidelski, Das Nissenhaus in Husum. Eine Chronik 1933–1947. Vallendar und Husum 2005 (Eigenverlag).
[15] Siehe Sörensen, Pol. Entw., S. 357, Anm. 537.

Abb. 14: Dr. Fritz Tidelski, Biologe u. Geograph, Lehrer, seit 1933 in NSDAP, 1935–1941 Gründungsdirektor des Nissenhauses, Nordfriesisches Musum, ab 1954 Dozent an der Pädagogischen Hochschule Kiel.

halten. – Nach der Überstellung in den Zivildienst war er etwa ab 1944 als Regierungsrat bei einer Ostseeküstenstelle tätig.

Im Juni 1945 vermerkte der Vorstand der Stiftung in Husum kurz im Protokoll, dass der Aufenthaltsort von Tidelski nicht bekannt sei und vertrat „die Auffassung, dass eine grundsätzliche Zusammenarbeit mit dem Direktor Dr. Tidelski aufgrund seiner Betätigung für die NSDAP kaum möglich sein" werde.[16] Im Mai 1946 kehrte Dr. Tidelski aus dem Internierungslager nach Husum zurück. Jetzt befand das Kuratorium: „Die weitere Zusammenarbeit ist natürlich nicht möglich, da Dr. Tidelski Kreisamtsstellenleiter war."[17]

Das Angestelltenverhältnis wurde rückwirkend zum 1. Juli 1945 beendet. – Dr. Tidelski absolvierte ab 1946 eine Gartenbaulehre, kam erst 1949 wieder in den Schuldienst und wurde 1950 Leiter der Osterhusumer Schule. Im Jahre 1954 wurde er nach Kiel an die Pädagogische Hochschule für Erdkunde und Heimatkunde berufen und 1960 zum Professor ernannt. Hier zeigen sich für die ersten Jahre nach dem Zusammenbruch gewisse Parallelen mit anderen genannten Lehrern, auch was die späte Rückkehr in den Beruf anbelangt.

Nun kurz zurück zum Nissenhaus. „In der Ahnengalerie des Nissenhauses sucht man seinen Namen vergebens," schreibt sein Sohn.[18] Mit dem Abschnitt „Das Nissenhaus im Spannungsfeld des Dritten Reiches"[19] regt der Verfasser zu allgemeinen Fragen an: Dürfen Teile der Geschichte von Institutionen und Instituten ausgeblendet werden? Dürfen Leistungen von Personen „im Verborgenen gehalten" werden, weil diese in der NS-Zeit mitmachten? Oder ist eine offenere und differenziertere Betrachtung der NS-Zeit allmählich angesagt?

16 R. Tidelski, Nissenhaus, S. 26.
17 Ebd., S. 29.
18 HN v. 31. Okt. 2005, Museumsleiter.
19 R. Tidelski, Nissenhaus, S. 31f.

Es geht mir nicht um die Frage, ob Dr. Tidelski evtl. seine Position als Direktor hätte behalten können – sein Nachfolger war SA-Mitglied gewesen, und obendrein wurde er nun für die Heranbildung junger Lehrer für geeignet gehalten. Es geht nur darum, ob seine Verdienste gewürdigt werden oder er weiterhin gleichsam als „Unperson" betrachtet wird.

Neue Entnazifizierungs-Kampagne wäre nicht gut

Die Gegner einer Würdigung von Nationalsozialisten führen als Hauptargument an, dass die NS-Anhänger das NS-System mitgetragen und so das Unheil mitverschuldet hätten. Außerdem hätten sie andere Karrieren verhindert – eine Begründung, die auch heute bei ungünstigen Mehrheitsverhältnissen für manche Vorgänge in der Demokratie gelten würde und daher nicht überzeugend erscheint. Hinter der unerbittlichen Haltung mancher NS-Gegner stehen, das ist zu bedenken, ganz schlimme persönliche Erfahrungen aus der Familie. Wer allerdings für damals Widerstand statt Mitmachen verlangt, verkennt die Situation in einem totalitären Staat. Denn der aktive Widerstand fordert Zivilcourage und Opfermut und einen Kampf, der nach der Verfestigung des Systems ohnehin aussichtslos war, wie sich schon ab 1933 bis hin zum 20. Juli 1944 immer brutaler zeigte.

Jüngere Generationen neigen dazu, die jeweils ältere besonders kritisch zu sehen. Zu Selbstgerechtigkeit besteht aber wenig Grund; denn wer weiß, wie er selber sich damals – ohne das Wissen von heute – gegenüber der NSDAP verhalten hätte? Und was wäre, wenn heute die ältere Generation kollektiv für den „Weg in den Schuldenstaat" und damit die Belastung der nächsten Generation verantwortlich gemacht würde? Gewiss ist diese Belastung in ihrer Dimension nicht vergleichbar mit der NS-Katastrophe, aber die angegriffene Generation würde sehr schnell nach Relativierung und Differenzierung rufen.

Die Zeitgenossen der NS-Anhänger verhielten sich nach 1945 noch verständnisvoller und nachsichtiger als manche Nachgeborenen. Der erste Bundespräsident Theodor Heuss prägte das Wort, dass es keine Kollektivschuld gäbe, wohl aber eine Kollektivscham. Die Entnazifizierung versuchte eine Aufarbeitung und Bereinigung des jeweiligen Schuldkomplexes. Es wäre nicht gut für unsere Gesellschaft, die Kollektivschuldthese neu zu beleben und erneut eine Entnazifizierung durchzuführen, wie es manchmal bei Darstellungen in den Medien anklingt. – Um nicht missverstanden zu werden, sei hier betont: Die geistige Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur bleibt eine ständige Aufgabe, um daraus für die Gegenwart und Zukunft zu lernen. Die bitteren Erfahrungen haben die Väter und Mütter des Grundgesetzes veranlasst, an den Anfang der Grundrechte das Gebot zu setzen: „Die

Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt."

Erfolgreicher Wiederaufbau in Husum wie in der ganzen Bundesrepublik

In den Nachkriegsjahren erschien den Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft ein zügiger Abschluss der Entnazifizierung wichtig, um die Kräfte für den Wiederaufbau freizusetzen. Der demokratische Neuaufbau unter dem Schirm der Besatzungsmacht hatte bis 1949 gute Grundlagen für die staatliche Arbeit in Gemeinde, Land und Bund gelegt. In Husum galt es für Stadtverordnete und Verwaltung, die Infrastruktur der plötzlich auf über 20.000 Einwohner angewachsenen Stadt auf die neuen Bedürfnisse auszurichten. So ging auch der wirtschaftliche Wiederaufbau in Husum wie in der ganzen Bundesrepublik nach der Währungsreform so zügig voran, dass schon bald von einem „Wirtschaftswunder" die Rede war.

Nachtrag zu Pastor Detlefsen und zum Ehrenmal für die KZ-Opfer

Nach Abschluss des vorstehenden Beitrags sind dem Verfasser noch Aufzeichnungen von Pastor Detlefsen mit seinen Erinnerungen durch seine Tochter Margrit Ellbracht zugegangen. Wir bringen daraus einige Angaben, weil sie gut in den Zusammenhang dieses Bandes passen. Wilhelm Detlefsen, Gemeindepastor in Husum-Rödemis 1948–1960, entfaltete eine rege Tätigkeit. So war er auch Mitbegründer der Bahnhofsmission und des Versehrtenwerks, aus dem das Theodor-Schäfer-Berufsbildungswerk für Behinderte hervorgegangen ist. 1955 nahm er an einer Besuchsreise nach Auschwitz teil, einer Pilgerfahrt, wie er sie nannte. Diese Fahrt veranlasste ihn offenbar zur intensiven Beschäftigung mit KZ-Lagern, besonders mit dem in Husum-Schwesing. Dazu schreibt er in seiner der Maschinenschrift „Das Historische Zeitdokument von 1933–1995" mit dem bezeichnenden Untertitel „Gefangene des Adolf Hitler" nur kurz: „So war das KZ-Lager ‚Engelsburg' bei Husum das uns ... nächstliegende (Nebenlager). Ich habe für die vielen Opfer auf dem Ostfriedhof in Husum das abgebildete Ehrenmal geschaffen."[20] Darunter ist ein Foto mit der Unterschrift „Das KZ-Ehrenmal in Husum (Nordsee)" abgebildet. Das Ehrenmal wurde am Volkstrauertag 1957 eingeweiht. Stadt, Kreis und Land hatten dieses Projekt unterstützt.[21] Über Reaktionen aus der Bevölkerung schreibt er nichts.

[20] Detlefsen, Histor. Zeitdokument, S. 41.

[21] Siehe HN v. 18. Nov. 1957: „Zum Gedenken an alle Kriegsopfer. Einweihung des Ehrenfriedhofes für die Opfer des Konzentrationslagers Engelsburg".

Aus Detlefsens Erinnerungsschrift „Von Dollerup bis Bremen", abgeschlossen zu Weihnachten 1988, wird deutlich, wie eingehend er sich ab 1934/35 mit dem Nationalsozialismus auseinandersgesetzt hatte. Nach der Machtübernahme war er 1933 mit vielen Mitstudenten in Erlangen in die SA eingetreten, um „am Aufbau unseres Volkes mitzuhelfen", und zwar in dem irrigen Vertrauen auf jene vieldeutige NS-Aussage: „Die Partei steht auf dem Boden des positiven Christentums."[22] Er erlebte die Verbrennung von Büchern mit angeblich „undeutschem Geist" durch die SA am 10. Mai 1933 in Erlangen. Nach der Ermordung von innerparteilichen und innenpolitischen Gegnern Hitlers im sog. Röhm-Putsch am 30. Juni 1934 trat er aus: „Ich verbrannte das Braunhemd und trat in die ‚Bekennende Kirche' ein".[23] Nach der Dahlemer Bekenntnissynode vom 19./20. Oktober 1934, die das kirchliche Notrecht verkündete, wurde er zum Obmann der illegalen Vikarsbruderschaft gewählt und hatte die Ersatzrüstzeiten in Schleswig-Holstein zu organisieren. Aufgrund der Einigung innerhalb der Landeskirche konnte er nach dem Vikariat in Eckernförde 1938 die Pfarrstelle in Böklund antreten. – Eine Äußerung noch als Hilfsprediger im Konfirmandenunterricht in Eckernförde im Jahre 1938 über einen tödlichen Unfall eines NS-Schriftstellers, den Detlefsen nicht als „Zufall", sondern als „Gottesurteil" einstufte, führte zu Verhören durch die Gestapo und zur Verhandlung vor dem Sondergericht in Kiel. Das Verfahren wegen „Vergehens gegen das Heimtückegesetz" wurde durch Beschluss des dreiköpfigen Sondergerichts auf Kosten der Reichskasse vom 28. Mai 1938 eingestellt. Offenbar lag auch hier ein Einschüchterungsversuch gegen ein BK-Mitglied vor.[24]
Pastor Detlefsen war von 1960 bis zu seiner Pensionierung 1977 Leiter des Diakonissenhauses in Bremen und verstarb dort 1998 im Alter von 85 Jahren.

Bildnachweis: Für die freundliche Bereitstellung von Fotos danke ich Hauke Petersen, Husum-Rödemis (Abb. 13) u. Rainer Tidelski, Koblenz (Abb. 10 u. 14). Die übrigen Vorlagen zu den Abb. 1–9, 11 u. 12 stammen aus dem Archiv Chr. M. Sörensen, Mildstedt.

[22] Detlefsen, Von Dollerup, S. 69.
[23] Ebd., S. 70.
[24] Siehe Detlefsen, Hist. Zeitdokument, S. 80f.

Quellen:

Flensburger Tageblatt mit Lokalseite Husumer Neueste Nachrichten 1946–1948, u. a. Nr. 123 v. 21. Okt. 1948: „Bilanz nach zwei Jahren. Husumer Kreistag – Besetzung der Schulrats-Stelle ... Entnazifizierung".
Husumer Nachrichten, u. a. v. 31. Okt. 2005: „Museumsleiter an die Front geschickt. Spannende Chronik: Die Anfänge des Nissenhauses", (zit.: HN v. 31. Okt. 2005, Museumsleiter).
Kieler Kurier. Von der Britischen Militärregierung herausgegebene Zeitung für Kiel, Neumünster und die Kreise Rendsburg, Eckernförde, Schleswig, Flensburg, Norderdithmarschen, Husum, Eiderstedt und Südtondern (Ausgaben Aug. 1945 bis April 1946).
Kriegschronik der Stadt Husum 1939 bis 1947, geführt von Büroleiter Ketelsen und Mitarbeitern. Manuskript im Stadtarchiv innerhalb Kreisarchiv Nordfriesland.
Protokolle des Stadtverordnetenkollegiums Husum, jetzt Kreisarchiv NF.
Rathausakten: 25/204, jetzt Kreisarchiv NF.
Akte beim Amtsgericht Husum: I/103.

Literatur:

Detlefsen, Wilhelm: Von Dollerup bis Bremen. Erinnerungen aus meinem Leben und Beobachtungen unserer Umwelt im 20. Jahrhundert. Unveröff. Maschinenschrift 1988, 142 S. (zit.: Detlefsen, Von Dollerup).
Detlefsen, Wilhelm: Das Historische Zeitdokument von 1933–1995. Gefangene des Adolf Hitler. Unveröff. Maschinenschrift (o. J.) 157 S. (zit.: Detlefsen, Histor. Zeitdokument).
Jürgensen, Kurt: Die Briten in Schleswig-Holstein 1945–1949. Mit Photographien von Gerhard Garms. Wachholtz-Verlag Neumünster (1989); (zit.: Jürgensen, Briten in SH).
Pingel, Hans-Heinrich: Erinnerungen aus meiner Schulzeit in den Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren. In: 60 Jahre Mittelschule Husum 1939–1999. 25 Jahre Realschule Nord 1974–1999. Jubiläumsheft. Husum 1999, S. 15–17 (zit.: H. H. Pingel in Jubiläumsheft 60 J. Mittelschule).
Rudzio, Wolfgang: Die Neuordnung des Kommunalwesens in der Britischen Zone – Zur Demokratisierung und Dezentralisierung der politischen Struktur: eine britische Reform und ihr Ausgang. Band 17 der Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Stuttgart 1968 (zit.: Rudzio, Neuordnung).
Scheer, Gerhard: Ende und Anfang. Mein beschwerlicher Weg vom Kriegsheimkehrer zum Volksschullehrer (1945–1953). Unveröff. Manuskript, 82 S.

(Westerland 1988); (zit.: G. Scheer, Ende und Anfang).
Sörensen, Christian M.: Politische. Entwicklung und Aufstieg der NSDAP in den Kreisen Husum und Eiderstedt 1918–1933. Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins 104. Neumünster 1995 (zit.: Sörensen, Pol. Entw.).
Sörensen, Christian M.: Der politische Neubeginn 1945/46 in Husum. Zum Aufbau der städtischen Verwaltung und Selbstverwaltung. In: Nordfriesisches Jahrbuch 1985, S. 31–66 zit.: Sörensen, Pol. Neubeginn).
Sörensen, Christian M.: Vom Kampf gegen Hunger, Kälte und Wohnungsmangel vor 40 Jahren. Versorgungsprobleme in Husum am Ende des Zweiten Weltkrieges. Zwischen Eider und Wiedau (ZEW) 1980, S. 150–162 (zit.: Sörensen, Vom Kampf gegen Hunger).
Sörensen, Christian M.: Die Hermann-Tast-Schule in den politischen Strömungen 1914–1957. In: Hermann-Tast-Schule, 475 Jahre Husumer Gelehrtenschule. Festschrift, Hg. HTS. Husum 2002, S. 93–120.
Sörensen, Christian M.: Der Aufstieg der NSDAP in Husum. Zur politischen Entwicklung einer Kleinstadt 1918–1933. Studien und Materialien, veröffentlicht im Nordfriisk Instituut, Nr. 19. Bredstedt 1983.
Sörensen, Christian M.: Husum – eine politisierte Provinzstadt (1914–1949). In: Geschichte Husums von den Anfängen bis zur Gegenwart. Hg. Gesellschaft für Husumer Stadtgeschichte. Husum 2003, S. 187–238 (zit.: Sörensen in Gesch. Husums).
Tidelski, Rainer: Das Nissenhaus in Husum. Eine Chronik 1933–1947. Vallendar und Husum 2005 (Eigenverlag); (zit.: R. Tidelski, Nissenhaus).